

XI. Bundeskongress

13.-15. April 2018 in Erfurt

-Beschlussheft-

linksjugend
['solid] 

Inhaltsverzeichnis

Satzungsändernde Anträge	4
<i>S1 Änderung §8 Abs 2</i>	5
<i>S2 Finanzordnung</i>	6
Anträge	9
<i>A1 Ein Gespenst für Europa</i>	10
<i>A2 Querfrontlern den Kampf ansagen, Ken Jepsen ausgrenzen!</i>	13
<i>A3 Für einen emanzipatorischen Kommunismus!</i>	14
<i>A4 Antrag zur Unterstützung von „Ende Gelände“</i>	17
<i>A5 Stadtpolitische Vernetzung</i>	18
<i>A7 Was für eine LINKE wollen wir?</i>	19
<i>A8 Für die Trennung von Staat und Religion</i>	21
<i>A9 Für eine antirassistische Offensive auf Bundesebene!</i>	23
<i>A10 Die Zukunft der sozialen Sicherung</i>	24
<i>A11 Die Verhältnisse zum Tanzen bringen – 200 Jahre Karl Marx</i>	25
<i>A12 Linksjugend 4.0</i>	26
<i>A13 Gedenken an unsere Geschichte</i>	28
<i>A16 Wider dem völkischen Geist – Kein „Schild und Schwert-Festival“ in Sachsen oder anderswo!</i>	29
<i>A18 50 Jahre 1968</i>	30
<i>A19 Basisdemokratie muss auch digital sein – digitalen Austausch ermöglichen</i>	31
<i>A20 Solidarität und die Vielfalt des Widerstands sind unsere Stärke!</i>	32
<i>Gemeinsam gegen Nazis!</i>	32
<i>A22 Geschlechtergerechtigkeit jetzt!</i>	33
<i>A23 My body my choice!</i>	35
<i>Beschluss A25: Barrierefreie Sprache in der Linksjugend. Und in der Partei DIE LINKE.</i>	36
<i>A26 'Internationaler Kurdistanckongress – Feminismus, Ökologie, Sozialismus neu denken!' unterstützen</i>	38
<i>A27 Abschiebung konsequent entgegen stehen! – Widerstand 31 Mai supporten!</i>	39
<i>A28 Polizeigesetzverschärfungen kontern - Aktivist*Innen ausbilden!</i>	40
<i>A29 Gemeinsam kämpfen: Kein „Weiter so“ mit Niedriglöhnen und Sozialabbau! Zurückschlagen gegen die unsoziale Politik der Merkel-Regierung!</i>	41
<i>A30 Solidarische Landwirtschaft und Ernährungssouveränität</i>	43
<i>A31 Keine Finanzierung von tierischen Produkten – ökologische, regionale und saisonale Lebensmittel bevorzugen!</i>	44
<i>A33 Eine soziale Transformation muss eine ökologische sein, oder sie wird nicht sein!</i>	45
<i>A36 Queer – Gleichberechtigung aller Lebensweisen</i>	46
<i>A37 Feminismus steht bei uns nicht nur im Programm! - Feministische Strukturen in der linksjugend ['solid] stärken!</i>	48
<i>A38 Mobilitätswende – Freifahrt für freie Bürger*innen</i>	49
<i>A39 Pornographie - für eine feministische Darstellung der existierenden Vielfalt und Diversität</i>	54
<i>A40 "Adoptionsrecht für alle!" - Für eine Akzeptanz aller Lebensentwürfe und Familienformen</i>	56

<i>A41 Trans* von Kindesbeinen an</i>	<i>57</i>
<i>A43 Gegen Repression und den Polizeistaat!.....</i>	<i>58</i>
<i>A44 Impfpflicht.....</i>	<i>62</i>
<i>A48 Gegen jeden Islamismus</i>	<i>63</i>
<i>D1 Kein Preis für Antisemitismus.....</i>	<i>66</i>

Satzungsändernde Anträge

S1 Änderung §8 Abs 2

In der Satzung der wird am Ende von §8 (2) folgender Satz angefügt:

„Anträge zur Änderung der Satzung müssen fünf Wochen vor einer Tagung des Bundeskongresses eingereicht werden und werden mit der Einladung zum Bundeskongress an die Delegierten verschickt.“

S2 Finanzordnung

Der Bundeskongress möge beschließen, die aktuelle Finanzordnung durch die folgende zu ersetzen:

Finanzordnung Linksjugend ['solid]

§ 1 Haushalt

1. Der Haushaltsplan umfasst die Gegenüberstellung der geplanten Einnahmen und Ausgabe gegliedert nach Kategorien. Kategorien sind mit Unterpunkte untersetzt, welche den Haushaltsplan nachvollziehbar machen sollen.
2. Die Bundesschatzmeister*in erarbeitet mit dem Bundessprecher*innen-Rat (BSpR) einen Bundesfinanzplan (Haushaltsplan). Dieser sollte bis Ende September für das Folgejahr erstellt werden.
3. Der BSpR beschließt den Haushaltsplan und legt diesen dem Länderrat (LR) zur Bestätigung vor. Das gleiche Verfahren gilt für Nachtragshaushalte.
4. Sollte keine Einigung zwischen LR und BSpR erzielt werden können, muss der BSpR den Haushalt mit 2/3 Mehrheit beschließen. Dies sollte bis Ende Dezember für das Folgejahr geschehen.
5. Zu jeder BSpR-Sitzung soll die Bundesschatzmeister*in eine aktuelle Gegenüberstellung der Haushalts mit den Ist-Ausgaben vorlegen.
6. Bei absehbaren Abweichungen von Kategorien im Haushalt um mehr als 10 % soll ein Nachtragshaushalt erstellt und beschlossen werden. Für die Kontrolle des Haushalts ist die Bundesschatzmeister*in verantwortlich, Für die Einhaltung des Haushaltes ist der BSpR verantwortlich.
7. Der Haushalt ist verbandsöffentlich. Dieser kann von allen aktiven Mitgliedern in der BGS angefordert werden.

§ 2 Mitgliedsbeiträge

1. Gemäß § 5 Abs. 2 der Satzung von Linksjugend ['solid] wird ein monatlicher Mitgliedsbeitrag erhoben. Jedes Mitglied stuft sich ohne Nachweispflicht selbst ein und legt seinen Mitgliedsbeitrag selbst fest. Der monatliche Beitrag beträgt:
 - a. mindestens 1,00 Euro für Nichtverdiener*innen
 - b. mindestens 2,00 Euro für Nettoeinkommen bis 500 Euro
 - c. mindestens 4,00 Euro für Nettoeinkommen bis 1.000 Euro
 - d. mindestens 10,00 Euro für Nettoeinkommen bis 1.500 Euro
 - e. mindestens 15,00 Euro für Nettoeinkommen über 1.500 Euro
 - f. mindestens 25,00 Euro für aktive Mitglieder, die Mandatsträger*innen auf Landes-, Bundes- oder Europaebene sind
2. Die Erhebung der Mitgliedsbeiträge erfolgt durch den Bundesverband.
3. Die Zahlungen können monatlich, quartalsweise oder jährlich erfolgen.
4. Angestrebt ist eine Zahlung durch Lastschriftinzug. Sollte kein Lastschriftinzug möglich sein, ist ein jährliche Überweisung zum Jahresanfang angestrebt, um den Verwaltungsaufwand gering zu halten.

§ 3 Beitragsbefreiung

1. Gem. § 5 Abs. 2 der Satzung kann auf Antrag an die zuständige Landesschatzmeister* in die Beitragszahlung für ein Kalenderjahr erlassen werden.
2. Eine erneute Beitragsbefreiung ist möglich.
3. Passive Mitglieder des Jugendverbandes sind von der Mitgliedsbeitragszahlung befreit.

§ 4 Verwendung der Mitgliedsbeiträge und Spenden

1. Die eingegangenen Mitgliedsbeiträge je Landesverband sind wie folgt zu verwenden:

- a. 60% erhält der jeweilige Landesverband,
 - b. 20% verbleiben beim Bundesverband,
 - c. 10% gehen in einen Länderfinanzausgleichsfond,
 - d. 10% gehen an einen Fond für Solidaritätsprojekte.
2. Beiträge der Fördermitglieder und Spenden für Landesverbände gehen in voller Höhe an den jeweiligen Landesverband.
 3. Die Überweisung der Mittel aus dem Vorjahr an den jeweiligen Landesverband erfolgt, wenn folgendes der Bundesgeschäftsstelle (BGS) zugesandt wurde :
 - a. ein Haushaltsabschluss des Vorjahres,
 - a. ein Haushaltsplan für das laufende Jahr,
 - b. eine Bestätigung über die Beitragsberechnung und
 - c. ein Beschluss des zuständigen LSpR, auf welches Konto die Überweisung zu erfolgen hat, falls kein Landesverbandskonto vorhanden ist.
 Die Beitragsberechnung des Vorjahres erstellt die BGS. Diese sollte den Landesverbänden bis Ende Februar zugestellt werden.
 4. Nicht angeforderten Mitgliedsbeiträge fließen im Folgejahr in den Fond für den Länderfinanzausgleich.
 5. Der Länderfinanzausgleichsfond wird vom LR verwaltet. Dort können Landesverbände Geld für konkrete Vorhaben beantragen.
 6. Der Fond für Solidaritätsprojekte wird vom LR verwaltet. Dort können externe Projekte Geld für konkrete Vorhaben beantragen.

§ 5 Teilnahmebeiträge

1. Die kostenfreie Teilnahme an Veranstaltungen des Bundesverbandes für alle aktiven Mitglieder wird angestrebt. Spenden sind gern gesehen.
2. Bei Sonderveranstaltungen, die einen größeren Aufwand und Kosten beanspruchen (wie z.B. das Sommercamp), kann ein Teilnahmebeitrag erhoben werden.

§ 6 Honorare

1. Für Angebote oder Leistungen, die denjenigen von externen Referent*innen im Rahmen eines Projektes vergleichbar sind, können nach Absprache mit dem BSpR auch Mitglieder des eigenen Verbandes Honorarzahungen erhalten.

§ 7 Erstattung von Fahrtkosten

1. Die Linksjugend [’solid] erstattet Fahrtkosten, wenn
 - a. diese zur Wahrnehmung von Aufgaben im Rahmen der satzungsmäßigen Gremientätigkeit des Bundesverbandes nötig sind,
 - b. für die einladende Struktur entsprechende Mittel im Haushalt eingeplant sind oder
 - c. es einen vorherigen Beschlusses zur Übernahme durch den BSpR gibt.
2. Die Erstattung von Fahrtkosten erfolgt in Höhe der Kosten:
 - a. von Bahnfahrten in der 2. Klasse sowie bei nachweislich günstigerem Tarif ausnahmsweise auch in weiteren Klassen,
 - b. vom öffentlichem Personenverkehr (z.B. Tram, Bus, Fähre, Fernbus),
 - c. von 0,13 Euro pro Kilometer zzgl. 0,02 Euro pro Kilometer je Mitfahrer*in im PKW, abzüglich der Einnahmen aus eventueller Mitfahrgelegenheit
 - d. für Mitfahrgelegenheiten bis maximal 13 Euro pro 100 Kilometer.
3. Über die Höhe der Erstattung von Kosten für Leihfahrzeuge (Miete und Kilometerpreis, Reisebus) entscheidet die BGS nach Vorlage einer Vergleichsrechnung, dass diese sinnvoller als öffentliche Verkehrsmittel sind.
4. Über die Erstattung und Höhe weiterer Fahrtkosten (z.B. Taxi, Flugzeug, Kutsche) entscheidet der BSpR.

§ 8 Erstattung von weiteren Kosten

1. Die Linksjugend [’solid] erstattet nach vorheriger Absprache mit der BGS im Rahmen des Haushaltes Kosten:
 - a. für im Auftrag der Linksjugend [’solid] getätigte Auslagen, bei Druckkosten nur, wenn ein Belegexemplar oder Foto des Produktes eingereicht wird,
 - b. für angemessene Tagungsverpflegung,
 - c. für Teilnehmer*innenbeiträge für politische Arbeit,
 - d. für Kinderbetreuung am Veranstaltungsort,
 - e. für eine gemeinschaftlich organisierte Unterbringung,
 - f. für eine andere Unterbringung als die gemeinschaftlich organisierte Unterbringung bei speziellen körperlichen oder geistigen Bedürfnissen oder Mitnahme von Kindern,
 - g. für den Erwerb einer Bahncard 50 für Mitglieder des BSpR einmalig pro Amtsperiode,
 - h. für den Erwerb einer Bahncard 50 oder 25, sofern glaubhaft gemacht werden kann, dass dadurch Einsparungen für den Bundesverband entstehen.
2. Über die Erstattung von Kosten, die ohne vorherige Absprache mit der BGS übernommen werden sollen, entscheidet der BSpR. Dies gilt insbesondere auch für Mahn- und Strafgebühren, Trinkgelder und Ausgaben für alkoholhaltige Getränke.
3. Mehrfache Erstattung von Kosten ist unzulässig. Es sind alle verfügbaren Vergünstigungen in Anspruch zu nehmen (z.B. Bahncard).

§ 9 Weg der Kostenerstattung

1. Die Kostenerstattung erfolgt nach Ausfüllen eines entsprechenden Formulars. Diese werden durch die BGS und auf der Homepage bereitgestellt. Es ist stets das aktuellste Formular zu verwenden.
2. Die Kostenerstattung muss innerhalb von 6 Wochen nach der Veranstaltung in der BGS eingegangen sein. Andernfalls werden die Kosten nicht erstattet. In besonderen Ausnahmefällen bedarf es einer schriftlichen Begründung, die von der BGS bestätigt werden muss.
3. Können keine Belege eingereicht werden, müssen stattdessen die Ausgaben anderweitig glaubhaft gemacht werden (z.B. Kontoauszug, Eigenbeleg, Unterschrift einer bezeugenden Person).

§ 10 Inkrafttreten

1. Die Finanzordnung tritt in geänderter Form mit dem Beschluss des Bundeskongress der Linksjugend [’solid] in Kraft.

Anträge

A1 Ein Gespenst für Europa

Zu lange gingen in Europa nur rechte Monster und neoliberale Untote umher. Es wird Zeit, dass endlich wieder ein Gespenst nach Europa zurückkehrt: Das Gespenst des Kommunismus. Wir wollen ein Teil von diesem Gespenst sein um „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“.

Das heißt für uns, dass wir überzeugt sind von solidarischem Internationalismus, Demokratie, sozialer Gleichheit und Selbstbestimmung aller Menschen und einer lebenswerten Umwelt für alle. Diese Ziele wollen wir hier und in Europa verwirklichen. Dabei reicht es nicht nur einige Reformen anzugehen, sondern die Verhältnisse grundlegend zu erschüttern. Ein Staat der in sich demokratisch ist, aber seine Grenzen rassistisch abschottet und queere Menschen ins Gefängnis steckt oder ein Europa mit offenen Grenzen im inneren, das nicht demokratisch ist und Hungerlöhne zulässt, sind keine Alternativen.

Weder die EU noch Deutschland genügen unseren Ansprüchen

Die EU ist heute undemokratisch: Das EU-Parlament ist den demokratisch kaum legitimierten Gremien Rat und Kommission massiv unterlegen und kann weder eine politische Regierung wählen noch auf eigene Initiative Gesetze beschließen. Durch die fehlende europäische Öffentlichkeit besteht ein großer Einfluss der Lobbyist*innen. Die zentralen Verträge der EU schreiben eine neoliberale Wirtschaftspolitik fest und können durch das Einstimmigkeitsprinzip auf demokratischem Weg faktisch nicht geändert werden.

Die EU ist heute zu tiefst ungerecht: In den Verträgen sind sozial- und Steuerdumping festgeschrieben. Freiheit ist in erster Linie Freiheit für das Kapital - und Warenflüsse. Auflehnung gegen die neoliberale Orthodoxie – wie für ein halbes Jahr in Griechenland – werden im Keim erstickt. Das verschärft soziale Ungleichheit und Wut und wirkt so als Katalysator für Spaltung zwischen den Menschen in Europa wo es eigentlich Vereinigung braucht.

Die EU ist heute zunehmend militaristisch: Durch das Mittelmeer und die Grenzschutzagentur Frontex schotten sich die EU und ihre Mitgliedsländer ab und verwandeln die Grenze in ein Massengrab. Gleichzeitig verschärfen sie die Ursachen für Flucht nicht zuletzt durch – inzwischen auch europäische – Militäreinsätze im Ausland. Nicht zuletzt wurde als Kooperation fast aller EU Länder im vergangenen Jahr die europäische Militärunion PESCO gegründet, die ihre Mitglieder zur Aufrüstung verpflichtet.

Es sieht im Moment also ziemlich düster um Europa aus. Aber wir wollen nicht wie rechte Populist*innen so tun, als wenn das eine Brüsseler Verschwörung wäre die wir mit der Rückbesinnung auf die Nation beenden könnten. Erstens sieht es in den Nationalstaaten oft nicht besser und manchmal auch schlechter aus. Zweitens ist die EU ein Projekt der kapitalistischen Nationalstaaten in dem viel zu oft vor allem die Interessen der mit Abstand stärksten Volkswirtschaft in der EU zählen: Deutschlands Interessen. Wenn wir Brüssel kritisieren, müssen wir mindestens genauso laut auch Berlin kritisieren. Wir müssen die Nation überwinden!

Die EU ist unökologisch: Die EU hat sich als unfähig erwiesen, Natur und Klima und Lebensgrundlage Aller und als Voraussetzung für ein soziales Europa anzuerkennen und zu schützen. Seit der Gründung der EU wurden Schutzmaßnahmen gar nicht oder nur unzureichend umgesetzt, um kapitalistischen Profit und Lobbyinteressen nicht im Wege zu stehen. Die Natur wird als Kapital verwertet und ihre Gemeinnützigkeit wird der Produktivität unterworfen. Folgen sind der Rückgang der biologischen Vielfalt durch die Zunahme konventioneller Land- und Forstwirtschaft, die Degradierung Lebensräumen und der Rückgang von nichtmateriellen Leistungen der Natur zum menschlichen Wohlergehen. Die Konsequenzen treffen uns alle, am härtesten jedoch die Ärmsten: Wasserverknappung, Luftverschmutzung, Überschwemmungen, Verdrängung von Einwohner_innen und Lebensmittelverteuerung. Während die Profite dieser Verwertung privatisiert werden, werden die Risiken vergesellschaftet. Eine soziale Transformation Europas kann folglich nur eine ökologische sein.

Es gibt trotz alledem viel gegen rechte Monster zu verteidigen

Und so unzufrieden wir auch sind, gibt es doch eine Menge zu verteidigen gegen die rechten Monster die in Gestalt von Orbán, Strache oder Gauland umgehen. Sie haben nichts gegen Neoliberalismus, fehlende Demokratie und Abschottung. Aber sie wollen sich nicht damit abfinden, dass Frauen und queere Menschen heute auch dank der EU selbstbestimmter leben können. Sie wollen nicht, dass zumindest EU-Bürger*innen freier Grenzen überschreiten können und leichter im Ausland studieren können, statt in nationalem Dünkel zu verharren. Diese Fortschritte müssen wir verteidigen und uns gegen den wachsenden Antiziganismus, Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus in ganz Europa stellen.

Wir sind weder ein zynischer Stammtisch, der nur in schwarzen Farben ausmalt, wie schrecklich doch alles ist, noch sind wir eine linksliberale Verteidigungstruppe der es ausreicht eine mehr als mittelmäßige EU gegen rechte Monster zu verteidigen. Wir nehmen die derzeitige Lage zur Kenntnis, aber nicht um an ihr zu verzweifeln, sondern um sie zu verändern.

Wir haben eine positive sozialistische Vision für Europa.

Wir wollen ein Europa der Solidarität mit offenen Grenzen nach innen und nach außen, Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, ein Europa in dem alle Menschen selbstbestimmt leben können unabhängig von Glaube, Hautfarbe, Herkunft, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wir wollen ein Europa in der Bildung für alle Menschen zugänglich ist und der Selbstentfaltung und nicht nur der Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt dient. Wir wollen ein Europa in dem die Umwelt nicht den Profitinteressen untergeordnet, sondern als Lebensgrundlage aller Menschen anerkannt, geschützt und nachhaltig bewirtschaftet wird.

Wie auch immer diese Vision am Ende heißen mag – Vereinigte sozialistische Staaten von Europa, Republik Europa oder Europäische Kommune – wir sind uns in dieser Vision einig. Und auch wenn der Weg zu dieser Vision weit erscheint, werden wir ihn im Sinne Luxemburgs mit revolutionärer Realpolitik angehen. Wir arbeiten auf einen Bruch hin aber streiten auch für Verbesserungen im hier und jetzt um uns zu stärken.

Europapolitische Kampagne

Auf dieser Grundlage werden wir im kommenden Jahr bis zur Europawahl 2019 einen europapolitischen Schwerpunkt setzen und eine Kampagne zur Europawahl durchführen.

a) Europapolitisches Schwerpunktjahr

Wir werden in den nächsten 12 Monaten eine Debatte um Europa und unsere Strategie für Europa im Verband führen, die sich auf unseren Veranstaltungen niederschlägt.

- Unser Sommercamp wird ein internationales Sommercamp mit unseren Schwesterorganisationen mit einem Schwerpunkt zu Europa
- Wir ermutigen Landesverbände und Basisgruppen sich im nächsten Jahr mit Europa zu beschäftigen und politische Bildungs- und Debattenveranstaltungen zu organisieren. Dabei werden sie vom Bundesverband unterstützt
- Wir unterstützen den Europakongress von *attac* im Sommer
- Wir bereiten unsere Wahlkampagne in einer Wahlkampf-AG mit breiten Beteiligungsmöglichkeiten von Basis und Landesverbänden vor
- Wir bringen uns in die programmatische Debatte DER LINKEN zur Europawahl ein

- Wir nominieren eine*n Jugendkandidat*in für einen aussichtsreichen Platz auf der Liste DER LINKEN zur Europawahl auf diesem Bundeskongress. Die Person verpflichtet sich auf die beschlossenen Positionen der linksjugend [’solid] und die Unterstützung des Jugendverbandes.

b) Kampagnenschwerpunkte

Auf der Grundlage unserer Analysen und Vision beschließen wir folgende Kampagnenschwerpunkte, die von der Wahlkampf-AG in Zusammenarbeit mit BSPR und BGS zu einer Jugendwahlkampagne ausgearbeitet werden:

- 1) **Antirassismus:** Kampf gegen Rassismus und tödliche Außengrenzen
- 2) **Soziales:** Kampf gegen Austeritätspolitik und für eine Perspektive für junge Generation in Europa.
- 3) **Fortschritte verteidigen:** Kampf für die Verteidigung der freien Gesellschaft und feministischer Fortschritte gegen rechts
- 4) **Bildung:** Kampf für eine europäische Bildung zu Internationalismus und Selbstverwirklichung statt Lebenslaufoptimierung für den Arbeitsmarkt
- 5) **Umwelt:** Kampf für eine Umweltpolitik, die eine gerechte Verteilung und Nutzung von Naturressourcen als Voraussetzungen für eine soziale Gesellschaft erkennt.

A2 Querfrontlern den Kampf ansagen, Ken Jebsen ausgrenzen!

- Die linksjugend [solid] lehnt jede Zusammenarbeit mit Querfrontlern wie Ken Jebsen, Jürgen Elsässer und den Montagsmahnwachen entschieden ab
- Die linksjugend [solid] verurteilt den eindeutigen Antisemitismus Ken Jebsens und solidarisiert sich mit dem Berliner Kultursenator der Partei Die Linke, Klaus Lederer gegen die Vorwürfe der Zensur und nicht-rechtsstaatlichem Verhalten
- Die linksjugend [solid] reicht den vorliegenden Antrag einschließlich eventuell eingebrachter Änderungen beim Bundesparteitag der Partei Die Linke 2018 in Leipzig ein

A3 Für einen emanzipatorischen Kommunismus!

Etwas läuft falsch in dieser Welt:

Täglich sterben Menschen an Hunger. Das wäre traurig, aber noch verständlich, wenn dies an einer zu geringen Nahrungsmittelproduktion liegen würde. Doch das ist nicht das Problem: Das Essen fehlt nicht, weil es zu wenig gibt, es gibt sogar eine Überproduktion. Die Verhungerten sterben, weil die Hungernden nicht genug Geld haben, es zu erwerben.

In den kapitalistischen Kernstaaten gibt es dieses Problem nur noch sehr selten, auch wenn viele Bevölkerungsschichten ständig von Armut bedroht sind. Doch auch bei denen, bei denen dies nicht gegeben ist, ist das Leben alles andere als schön: Burn-outs und Co. gehören zum Alltag, die Freizeit wird immer weiter zur bloßen Erholungsphase mit dem Ziel der Wiederherstellung der Arbeitskraft. Doch eigentlich sollte überlastende Arbeit gar nicht mehr nötig sein: Durch die Automatisierung wird immer mehr notwendige Arbeitszeit von Maschinen übernommen. Super! Oder? Tatsächlich schlägt diese eigentlich begrüßenswerte Entwicklung unter kapitalistischen Bedingungen ins negative um: Arbeitsplätze gehen verloren und Menschen verlieren ihre Lebensgrundlage.

Klar ist also: Die aktuelle Art zu Wirtschaften ist menschenfeindlich und unvernünftig. Doch wie kommt dies zustande? Mit welchen Begriffen lassen sich die Ursachen für dies alles erfassen? Und wie kann man eine Alternative denken? Wo lassen sich Analyseansätze hierfür finden?

In diesem Jahr jährt sich die Geburt eines Denkers, der gesellschaftskritische und linke Strömungen wie kein anderer beeinflusst hat: Karl Marx. Seine Kritik des Kapitalismus sah nicht nur die barbarischen Konsequenzen, die dieser v.a. für die Arbeiter*innen hatte, sondern führte sie auf die grundlegenden Kategorien des auf der Warenform basierenden Kapitalismus zurück, anstatt sie, wie es damals und auch heute viele, die sich für links halten, tun, auf das vermeintlich böse Handeln einzelner Personen(-gruppen) zurückzuführen.

Zugleich dienten seine politökonomischen Analysen nicht einfach nur dem Interpretieren und Verstehen des Kapitalismus, denn es kömmt darauf an die Welt zu verändern (vgl. Feuerbachthese 11). Seine Leistung liegt darin, den Sozialismus von einer reinen Utopie zu einer durch reale Politik erreichbaren Möglichkeit zu machen. Es geht Marx und Engels um wissenschaftlichen Sozialismus. Sie begreifen Geschichte nicht als eine Aneinanderreihung von Taten großer Männer, sondern als eine Geschichte von Klassenkämpfen. Sie – und im Anschluss der Marxismus – analysierten die Verhältnisse aktuell wie auch auf Grundlage des historischen Materialismus und schmiedete(n) diese Analysen zu einer Waffe im Klassenkampf um. Marx versuchte, die Potentiale, die sich aus der kapitalistischen Produktionsweise ergeben, zu erkennen und den daraus resultierenden Klassenkampf zu begreifen, der die Fesseln der Produktionsverhältnisse sprengen will, die viele ausgebeutet in der Subalternität halten und wenige profitieren lassen. Dabei ist Marx' Intention stets nicht eine Wissenschaft um ihrer selbst willen, sondern eine Wissenschaft, die dem revolutionären Interesse der Arbeiter*innenklasse und der Befreiung aller Unterdrückten dient, zu begründen.

Er erkannte:

Die Welt, die uns im Alltag natürlich und vor allem selbstverständlich erscheint, ist eine Welt der Warenproduktion. Der größte Anteil aller produzierten Dinge sind Waren, die auf einem Markt gegen Äquivalente getauscht werden, egal, ob es sich dabei um Wohnraum, Nahrung, Computer oder Satelliten handelt. Als allgemeine Ware hat sich dabei das Geld entwickelt, welches die Grundlage und zugleich die Folge des Tauschprinzips bildet.

Eine besondere Ware, die kein Ding ist, stellt die Arbeitskraft des Menschen dar, die von der übergroßen Mehrheit der Gesellschaft gemeinsam mit der eigenen Lebenszeit verkauft werden und so vom Arbeiter entfremdet werden muss, um Reproduktionsarbeit zu leisten, oder Waren zu produzieren, die dem Käufer der Arbeitskraft als Privateigentum zustehen. Privateigentum bedeutet das staatlich geschützte Monopol auf die Verwendung einer Sache.

Die Warenproduktion findet zu Profitzwecken statt. Die Unterordnung der gesamten gesellschaftlichen Produktion unter den Zweck der Anhäufung von Kapital (also Geld, was investiert wird, um mehr Geld zu

erhalten) führt dazu, dass die Wirtschaft nicht den Bedürfnissen dient. Der Kapitalismus scheitert also nicht aufgrund irgendwelcher böser Machenschaften daran, ein gutes Leben zu erreichen – dies ist gar nicht sein Ziel.

Und hatte Marx auch eine Alternative hierzu? Diese Frage stellen sich wohl einige. Doch anstatt dem Kapitalismus in der Manier eines Verkünders vollendeter Weisheit eine genau ausgearbeitete Gesellschaftsorganisation entgegenzusetzen, kritisierten Engels und er genau dies. So schrieb Engels: „Aber wir haben kein Endziel. Wir sind Evolutionisten, wir haben nicht die Absicht, der Menschheit endgültige Gesetze zu diktieren. Vorgefaßte Meinungen in bezug auf die Organisation der zukünftigen Gesellschaft im einzelnen? Davon werden Sie bei uns keine Spur finden“ (http://www.mlwerke.de/me/me22/me22_538.htm)

Der Kommunismus war für Marx und Engels also keine fertige Utopie, die sie konkret zu Ende gedacht und geplant haben. Genau so wenig ist der Kommunismus ein rein abstrakter Begriff, über den sich zwar schön philosophieren lässt, aber der sich nur im Geiste verwirklichen lässt. Auch wenn Marx in seiner Frühschrift *Ökonomisch-Philosophisches Manuskript 1844* abstrakt-philosophische Betrachtungen über den Kommunismus anstellt, formuliert er mit Engels in der *Deutschen Ideologie*, die den Wendepunkt vom frühen, junghegelianischen zum reifen, materialistischen Marx markiert: „Der Kommunismus ist für uns nicht ein *Zustand*, der hergestellt werden soll, ein *Ideal*, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die *wirkliche* Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“ (MEW 3, S. 35)

Kommunismus ist also ein Programm, das den Kapitalismus überwindet. Genau um die Frage, wie dieses radikale emanzipatorische Programm verwirklicht werden kann, dreht sich das ganze nachfolgende marx'sche Werk: Die Frage nach dem Subjekt der Arbeiter*innenklasse, die Analyse der politischen Ökonomie des Kapitalismus, die Frage nach der Theorie der Revolution. "Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung und darum als wirkliche Aneignung des menschlichen Wesens durch und für den Menschen; darum als vollständige, bewußt und innerhalb des ganzen Reichtums der bisherigen Entwicklung gewordene Rückkehr des Menschen für sich als eines gesellschaftlichen, d. h. menschlichen Menschen. Dieser Kommunismus ist [...] die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen, die wahre Auflösung des Streits zwischen Existenz und Wesen, zwischen Vergegenständlichung und Selbstbestätigung, zwischen Freiheit und Notwendigkeit, zwischen Individuum und Gattung." (http://www.mlwerke.de/me/me40/me40_533.htm)

Marx denkt den Kommunismus als Gesellschaft, in der der Widerspruch zwischen Individuum und Kollektiv aufgehoben ist, als Gesellschaft, in dem der Mensch durch die Umwälzung der Produktionsverhältnisse zu einer wahren Freiheit gelangen kann und seine von den Sachzwängen der bürgerlichen Gesellschaft unterdrückten Potentiale entfalten kann. Kurzum: Der Kommunismus stellt die universelle Befreiung der Menschheit dar, er ist ein radikale emanzipatorisches Projekt. Dabei affirmiert Marx nicht bürgerliche Emanzipationsideale, sondern kritisiert diese:

"Alle Emanzipation ist Zurückführung der menschlichen Welt, der Verhältnisse, auf den Menschen selbst. Die politische Emanzipation ist die Reduktion des Menschen, einerseits auf das Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, auf das egoistische unabhängige Individuum, andererseits auf den Staatsbürger, auf die moralische Person.

Erst wenn der wirkliche individuelle Mensch den abstrakten Staatsbürger in sich zurücknimmt und als individueller Mensch in seinem empirischen Leben, in seiner individuellen Arbeit, in seinen individuellen Verhältnissen, Gattungswesen geworden ist, erst wenn der Mensch seine eigenen Kräfte als gesellschaftliche Kräfte erkannt und organisiert hat und daher die gesellschaftliche Kraft nicht mehr in der Gestalt der politischen Kraft von sich trennt, erst dann ist die menschliche Emanzipation vollbracht.“ (http://www.mlwerke.de/me/me01/me01_347.htm)

Dieser Emanzipationsakt kann für Marx nur ein revolutionärer Akt sein, in dem die politischen und sozialen Verhältnisse grundlegend umgestaltet werden. Es geht, wie er in der *Einleitung zur Kritik der Hegelschen*

Rechtsphilosophie schreibt, darum „*alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1, S. 385).

Dieser kategorische Imperativ des marxischen Werkes beinhaltet zugleich einen klar intersektionalen Imperativ, der keinen Platz für Nebenwidersprüche lässt, auch wenn Marx das selbst in seinem Werk nur andeutungsweise selbst eingelöst hat. Die Forderung, *alle Verhältnisse umzuwerfen*, heißt sowohl die Gesamtheit aller Unterdrückungsverhältnisse, als auch jedes einzelne Unterdrückungsverhältnis umzuwerfen. Das bedeutet: Es reicht nicht, einfach den Kapitalismus zu überwinden, um automatisch auch das Patriarchat zu überwinden, die Diskriminierung von Trans*personen zu beenden, etc. Diese Kämpfe müssen wie der Klassenkampf geführt werden. Das heißt aber auch, dass die Beseitigung eines einzelnen Unterdrückungsverhältnisses ohne die Beseitigung aller ebenso zu keiner wirklichen sozialen Emanzipation führen kann, sondern allein zu einer politischen Emanzipation im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft. Unser Kampfauftrag aber bleibt: die allgemeine und vollständige Emanzipation!

Die Linksjugend sieht in der marxischen Kapitalismusanalyse und seinen Ansätzen für einen emanzipatorischen Kommunismus einen zentralen Bezugspunkt für ihre Theorie und Praxis. Die Basis der Linksjugend ist herzlich eingeladen, sich hiermit zu beschäftigen und in den Basisgruppen auch über solche Fragen zu diskutieren.

A4 Antrag zur Unterstützung von „Ende Gelände“

Als linksjugend [solid] sind wir weiter aktiv für den Kohleausstieg und für konsequenten Klimaschutz. Dabei wollen wir uns als Jugendverband weiterhin im Bündnis Ende Gelände beteiligen und das Bündnis bei seinen Aktionen unterstützen.

Im Jahr 2018 plant Ende Gelände wieder eine Massenaktion im Rheinischen Braunkohlerevier. Um diese und weitere Aktionen und Kampagnen zu unterstützen werden wir dem Bündnis 1.000 Euro als Spende zur Verfügung stellen.

Als Jugendverband mobilisieren wir bundesweit zu den bevorstehenden Massenaktionen am Hambacher Forst und setzen das Thema als einen der Schwerpunkte für das bevorstehende Jahr.

A5 Stadtpolitische Vernetzung

Die linksjugend [solid] beteiligt sich an der Mieten-Kampagne der LINKEN und erstellt eigenes thematisches Material.

Der Bundesverband veranstaltet im kommenden Jahr ein wohnpolitisches Wochenende auf dem sich stadtpolitisch aktive Basisgruppen und Interessierte über ihre Projekte vor Ort austauschen und vernetzen können und Aktionen planen können.

A7 Was für eine LINKE wollen wir?

Die politische Krise nach der Bundestagswahl 2007 hat eine Große Koalition ins Amt gebracht, die dem objektiven Interesse der Mehrheit widerspricht. Während es eine parlamentarische Rechtsverschiebung gibt, existiert eine Wut auf die herrschenden Verhältnisse und die soziale Ungerechtigkeit, die auf der Linken noch ungenügend Ausdruck findet. Nur wenn erfolgreich Widerstand organisiert wird, können die drohenden sozialen Angriffe gestoppt und verhindert werden, dass die Rechten weiter zulegen.

DIE LINKE ist die einzige Partei im deutschen Bundestag, die Umverteilung von unten nach oben, Auslandseinsätze und Asylrechtsverschärfungen ablehnt. Linksjugend ['solid] ist der parteinahe und unabhängige Jugendverband der Partei DIE LINKE. Parteinahe bedeutet, dass viele unserer Mitglieder auch in der Partei aktiv sind, wir an Wahlkämpfen für DIE LINKE teilnehmen und eng zusammenarbeiten. Unabhängig bedeutet einerseits, dass eine Mitarbeit in der linksjugend ['solid] auch unabhängig von der Partei möglich ist, andererseits, dass wir uns mit unserer eigenen Sicht in die Debatten und Geschehnisse der Partei einbringen. Als Bundesverband möchten wir hiermit zu den Debatten der letzten Monate Stellung beziehen und umreißen, was für eine Partei uns wichtig ist und wie sie sich in der kommenden Zeit aufstellen sollte:

1. DIE LINKE soll eine lebendige Partei sein, in der alle möglichen unterschiedlichen Ideen, wie der Kapitalismus am besten zu überwinden sei, offen und breit diskutiert werden können. Das ist eine Partei in der Jugendliche ihren festen Platz auf allen Ebenen der Partei haben und unterschiedliche Strömungen sich einbringen können.
2. Pluralismus heißt nicht, dass die Partei keine Grundsätze haben kann. Wir setzen uns dafür ein, dass Zustimmung zu Auslandseinsätzen, Privatisierungen, Umverteilung von unten nach oben, Abschiebungen oder Asylrechtsverschärfungen kein Platz in dieser Partei haben. Eine SPD 2.0 braucht kein Mensch.
3. Die Linke ist größer als die Partei DIE LINKE. Es gelingt ihr nicht ausreichend, unterschiedliche Bewegungen, Organisationen oder Initiativen und AktivistInnen aus sozialen, antirassistischen, antisexistischen Kämpfen zusammenbringen und zu organisieren. Der Vorschlag für eine „Sammlungsbewegung“ von Saha Wagenknecht und Oskar Lafontaine hat damit jedoch nichts zu tun. Die Idee einer „linken Volkspartei“ zielt ohne sozialistisches Programm und demokratische Strukturen in erster Linie auf jetzige Mitglieder von SPD und Grünen ab und würde mit einer inhaltlichen Anpassung einher gehen – eine Entwicklung, die wir bei der Fraktionsvorsitzenden schon länger mit Sorge betrachten. Mit einer stärkeren Orientierung der Partei und ihrer Ressourcen auf außerparlamentarische Bewegungen und einem radikalen Programm wird es ihr gelingen enttäuschte Wähler*innen der SPD zu gewinnen oder Leute zu erreichen, die der pseudo Anti-Establishment Rhetorik der AfD auf den Leim gehen.
4. Wir wollen ein klar antirassistisches Profil der Partei, die sich konsequent für die Rechte von Geflüchteten, MigrantInnen und Menschen nichtdeutscher Herkunft einsetzt. Nur mit klarer Solidarität zwischen allen Unterdrückten egal welchen Landes kann Widerstand erfolgreich aufgebaut werden. Deshalb weisen wir die Äußerungen von Wagenknecht in Bezug auf die Essener Tafeln oder zu Fragen von Einwanderung zurück. Stattdessen sollte sich die Partei konsequent für Bleiberecht, eine Ausweitung des Asylrechts und Abschaffung aller Sondergesetze für Migrant*innen sowie soziale Verbesserungen für alle Menschen einsetzen. Außerdem gehören Abschiebungen in Bundesländern, wo DIE LINKE mitregiert, beendet oder aus den Beteiligungen ausgestiegen.
5. DIE LINKE kann ihre Positionen nur glaubhaft vertreten, wenn ihre Vertreter*innen sich nicht materiell von denen entfernen, die sie vertreten sollen. Wir bekräftigen deshalb die 2017 beschlossene Forderung des Jugendverbandes nach einer verbindlichen Abgabe der Diäten aller Abgeordneten über das Brutto Durchschnittsgehalt hinaus an Partei und soziale Bewegungen.
6. Eine grundlegende Umgestaltung der Gesellschaft durch die Überführung des enormen Reichtums und Privateigentums der größten Banken und Konzerne in Gemeineigentum mit demokratischer Kontrolle und

Planung ist möglich. Die drängendsten Probleme von Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungsmangel, Pflegenotstand, zerfallenden Schulen ließen sich schnell lösen. Unsere Alternative heißt Sozialismus. Unsere fortschrittlichen Forderungen und das Programm dürfen nicht konterkariert werden, in dem DIE LINKE sich an Regierungen mit prokapitalistischen Parteien beteiligt, mit denen eine Umgestaltung der Gesellschaft nicht möglich ist und die jetzigen Verhältnisse damit rechtfertigt und zementiert. Die Zustimmung und Rechtfertigung von Braunkohleabbau, Autobahnprivatisierung, Abschiebungen, Sonntagsöffnungszeiten uvm. in Berlin, Brandenburg und Thüringen sind ein paar Beispiele, die das belegen.

7. Wir wollen eine Partei, die sich mit einem großen Teil ihrer Ressourcen und Mitglieder aktiv in Bewegungen und Auseinandersetzungen einbringt. Seien es Streiks von Beschäftigten, Proteste am Frauen*kampftag, Demonstrationen gegen den Einmarsch der Türkei in den kurdischen Gebieten Syriens, Proteste gegen die AfD, Pflegestreiks, Mietendemonstrationen, Besetzungen und und und... Wo sich Menschen solidarisch selbst organisieren und bewegen, sollte DIE LINKE und ihr Jugendverband dabei sein. DIE LINKE sollte keine Bewegungen vereinnahmen, aber auch nicht nur unkritisch mitmachen, sondern sich in Debatten in Bewegungen und Gewerkschaften mit eigenen Vorschlägen einbringen und sie mit einer sozialistischen Klassenpolitik zusammenbringen und verallgemeinern.

Wenn DIE LINKE sich im Sinne dieser sieben Punkte aufstellt, kann sie als glaubwürdige Opposition gegen die herrschende Politik noch stärker an Zustimmung und Mitgliedern gewinnen und eine Kraft werden, die heutigen Verhältnisse grundlegend zu ändern.

A8 Für die Trennung von Staat und Religion

Sozialist*innen kämpfen für die vollständige Trennung von Staat und Religion - aber nicht für die Verfolgung, Niedermachung und Unterdrückung von religiösen Menschen.

Die Linksjugend [solid] setzt sich darum dafür ein, dass

- 1) der Gottesbezug aus dem Grundgesetz und allen Landesverfassungen gestrichen wird.
- 2) Der Religionsunterricht an staatlichen Schulen als Wahlpflichtfach abgesetzt und durch einen verpflichtenden Philosophie-Unterricht, bei dem die Beschäftigung mit Religions- und Ideologiekritik einen Schwerpunkt bildet, ersetzt wird. Der Besuch eines spezifischen Religionsunterrichtes sollte darüber hinaus für alle Konfessionen als Wahlfach an staatlichen Schulen nach dem regulären Unterricht zusätzlich möglich sein.
- 3) die Mandate der Vertreter*innen von Religions- und Glaubensgemeinschaften in Aufsichts- und Rundfunkräten ersatzlos gestrichen werden oder eine paritätische Besetzung, unter Berücksichtigung der Interessengemeinschaft der religionsfreien Menschen, erfolgt.
- 4) staatliche Zuwendungen für Religionsgemeinschaften mittelfristig eingestellt oder auf ein Mindestmaß zum Erhalt deren Existenz und für karitative Zwecke begrenzt werden.
- 5) das „Arbeitsrecht der Kirchen“, das durch den Art. 137 (3) Weimarer Reichsverfassung, der nach Art. 140 GG (Selbstordnungs- und Selbstverwaltungsrecht) begründet wird, durch das allgemeine Arbeitsrecht ersetzt wird. Ebenso fordern wir, das abweichende Regelungen oder Ausnahmen für kirchliche karitativen oder erzieherischen Einrichtungen in den Gesetzen, die das Arbeitsrecht regeln, gestrichen werden, Z.B.: Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) §118 (2). Der innere Bereich der Religionsgemeinschaften fällt unter Tendenzschutz bzw. wird von Staatskirchenverträgen geregelt. Wir stehen an der Seite derjenigen, die sich innerhalb der Kirchen für eine Verbesserung von arbeitsrechtlichen Standards und gegen Diskriminierung einsetzen.
- 6) das Tanzverbot an stillen Feiertagen abgeschafft wird.
- 7) religiös konnotierte Feiertage umgestiftet werden, d.h. einen weltlichen oder kalendarischen Bezug erhalten. Alternativ könnte man die bisherigen religiösen Feiertage streichen und sie durch frei zur Verfügung stehende Urlaubstage ersetzen. Dabei sollen allerdings weiterhin mindestens die Zahl der bisher bestehenden Feiertage erreicht werden und ein Tag in der Woche generell als Frei gelten.

8) das Berliner Neutralitätsgesetzes in seiner aktuellen Form beibehalten wird. Der Bundessprecher_innenrat unterstützt die Initiative zu dessen Beibehaltung. Der Jugendverband fordert vergleichbare Regelungen für alle anderen Bundesländer und setzt sich auch gegenüber der Partei für ein klares Bekenntnis zum aktuellen Berliner Neutralitätsgesetz ein.

A9 Für eine antirassistische Offensive auf Bundesebene!

Auch im neuen Jahr stehen wir als Jugendverband vor gewaltigen Aufgaben. Wir haben es in Deutschland und Europa weiterhin mit einem erstarkenden rechten Block zu tun. Während die Union sich für das "schärfste" Asylrecht seit der Wiedervereinigung feiert, erlebt die AfD Höhenflüge. Klare Bekenntnisse zu einem humanen Asylrecht kommen in der öffentlichen Diskussion praktisch nicht mehr vor, wohingegen die repressive bestehende Politik von Vielen als "links der Mitte" rezipiert wird. Wohin solche Entwicklungen führen können, zeigt ein Blick nach Österreich nur all zu gut.

Wir haben als linksjugend [solid] eine klare Position dazu, was unserer Meinung nach falsch läuft. Wir wollen in einer Welt leben in der das Recht auf Bewegungsfreiheit und die freie Wahl des Wohnorts eine Selbstverständlichkeit ist, in der keine Grenzen und Pässe mehr das Schicksal von Menschen bestimmen. Eine Welt in der Menschen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe, Herkunft, Kultur, Religion oder anderer willkürlicher Zuschreibungen Angst vor Gewalt, Diskriminierung und gesellschaftlichen Ausschluss haben müssen. Eine Welt in der die Scheinargumente der rassistischen und nationalistischen Ressentiments keine Bedeutung mehr haben. Es besteht für uns dabei kein Unterschied, ob es sich bei den Gegnern einer solchen Welt um „traditionsreiche“ Burschenschaften oder Parteien handelt oder um Akteure der sog. „Neuen Rechten“ wie z.B. die Identitäre Bewegung und die AfD.

Der Zusammenschluss rechtsradikaler Gruppen und ihre Strategie eines ethnopluralistischen und patriarchalen Kulturkampfes ist untolerierbar.

Über langfristige Ziele haben wir uns als Verband ausführlich verständigt. Was unserer Meinung nach auf Bundesebene fehlt, sind zuverlässige Strukturen, die unsere inhaltlichen Forderungen in eine Praxis übersetzen. Deswegen möchten wir im kommenden Jahr folgende Schritte einleiten:

- Wir werden den Bundesarbeitskreis No Borders reaktivieren.
- Wir werden einen Austausch der Landesverbände über antirassistische Praxis organisieren.
- Wir werden eine innerverbandliche Debatte zum Umgang mit der Situation führen.
- Wir werden mehr Bildungsarbeit nach Innen und nach Außen zum Themenkomplex Antirassismus und „Neue Rechte“ betreiben, inklusive eines Vortragskonzepts mit Referent*innenpool.
- Wir werden zu den Protesten gegen den diesjährigen AfD Bundesparteitag in Augsburg vom 30.6 bis 1.7. mobilisieren.
- Wir werden zu den Protesten und eventuellen Blockaden gegen den Naziaufmarsch am 20. Mai in Berlin mobilisieren.

A10 Die Zukunft der sozialen Sicherung

Unsere Gesellschaft befindet sich in einem stetigen Wandel. Die Digitalisierung und die daraus folgende Industrie 4.0 ist ein Produktivkraftwechsel, der vergleichbare Auswirkung auf die gesamte Gesellschaft hat, wie die Entwicklung von Dampfmaschinen, Kunststoffen und Computern. Parallel zu der technischen Entwicklung schreitet auch die soziale und ökonomische voran – allerdings in eine völlig falsche Richtung: Der Neoliberalismus setzt sich fort und die Ungleichheit und Unsicherheit nimmt weiter zu. Die Zukunft wird kommen und wir müssen uns Gedanken machen wie wir sie gestalten können.

Wenn wir über die Zukunft nachdenken, müssen wir uns auch darüber Gedanken machen, wie wir die sozialen Sicherungssysteme verteidigen und ausbauen können, damit wir keine Angst vor Armut ob im Alter oder wegen Arbeitslosigkeit haben müssen. Wie das gehen kann, wird heiß diskutiert und es stehen sich vor allem die Modelle *Solidarische Mindestsicherung* und *Bedingungsloses Grundeinkommen* (BGE) gegenüber. Auch mit Blick auf den angestrebten Mitgliederentscheid zum BGE in der LINKEN sollten wir dazu eine ernsthafte Debatte führen.

Unserer Meinung nach ist der Bundeskongress nicht der Ort, an dem diese Debatte mit der notwendigen, inhaltlichen Tiefe geführt werden kann. Es geht schließlich nicht nur um das herumschubsen von ein paar Zahlen, sondern darum wie unsere Vision für eine solidarische Gesellschaft aussieht und welche Strategien wir haben um die soziale Lage zu verbessern.

In diesem Sinne wollen wir uns die Zeit nehmen und die Themen BGE und solidarische Mindestsicherung mit in das nächste Jahr nehmen.

Wir werden:

- der Debatte Raum bei unseren Bildungsveranstaltungen geben.
- Texte zu dem Thema auf unserem Debattenblog veröffentlichen.
- die Landesverbände organisatorisch unterstützen, Veranstaltungen dazu zu machen z.B. durch einen Referent*innenpool.

A11 Die Verhältnisse zum Tanzen bringen – 200 Jahre Karl Marx

Die linksjugend [solid] nimmt den 200. Geburtstag von Karl Marx zum Anlass, eine interne Kampagne zu Karl Marx und „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“ zu initiieren. Der BSPR beruft hierfür zeitnah ein AG-Treffen ein auf welchem alle Interessierten gemeinsam mit dem BSPR und der Kommission Politische Bildung sich über die konkrete Umsetzung und Gestaltung der folgenden Punkte Gedanken machen:

- 1.) Auf dem Sommercamp 2018 wird ein Lesekreis zu „Das Kapital, Band 1“ angeboten.
- 2.) Auf den jährlich stattfindenden Bildungsveranstaltungen des Bundesverbandes, wie das Sommercamp oder die Winterakademie, werden Themenschienen zur marxischen Theorie angeboten. Dabei soll das Verhältnis von Theorie und verändernder Praxis, die Frage nach den Subjekten der Transformation/Revolution, die Kunst der Politik revolutionärer Realpolitik (Rosa Luxemburg), einer neuen Klassenpolitik und die Utopie einer Gesellschaft jenseits des Kapitalismus im Vordergrund stehen.
- 3.) Der Bundesverband erstellt einen inhaltlichen Flyer oder Reader, der sich jugendgerecht mit unserem Verhältnis zur Theorie Karl Marx' auseinandersetzt und dazu aufruft, sich diese Theorie anzueignen. Grundlage dafür kann die „Einführung ins Marxsche Kapital“ auf unserer Homepage sein.
- 4.) Die Landesverbände und Basisgruppen werden dazu aufgerufen Lesekreise zu initiieren, für inhaltliche Veranstaltungen zum Thema wird ein Referent*innenpool angelegt.

A12 Linksjugend 4.0

Die sogenannte "Digitale Revolution" eröffnet neue Welten und sprengt alte Dimensionen. In ihr steckt sowohl das Potential nie gesehenen gesellschaftlichen Reichtums als auch der offenen und subtilen Beseitigung von Rechten und bekannten Arbeits- und Lebensverhältnissen. Diese Ambivalenz macht es unserer Ansicht nach notwendig, die Digitalisierung zu begreifen und einen Umgang mit ihr zu finden. Auf all die Fragen, die sich aus diesem Komplex ergeben hat bisher noch keine Partei für uns akzeptable Lösungen und schlüssige Antworten gefunden. Für uns ist eindeutig, dass es Bedarf an einer zukunftsorientierten und kulturoptimistischen, einer grenzenlosen und solidarischen Politik gibt, welche die Chancen der digitalen Revolution aufgreift. Durch Digitalisierung verändert sich nicht nur die Arbeit, sondern die Welt allgemein. Die wachsende Menge an nutzbaren Daten kann nicht nur für Überwachung eingesetzt werden, im Zusammenspiel mit ständigen Innovationen wird das, was wir bisher vor allem über Science-Fiction-Serien und Filme kennen zum Alltag. Wir müssen aber dafür sorgen, dass sich die utopischen Science-Fiction Zukunftsvisionen bewahrheiten, und nicht die zahlreichen dystopischen!

Digitalisierung, Robotisierung und künstliche Intelligenz revolutionieren bereits unser Leben und unsere Arbeit. Unsere Fähigkeit Natur zu manipulieren führt in stetig wachsendem Maße zu einer Veränderung des menschlichen Körpers. Selbstfahrende Autos, humanoide Roboter, 3D-Drucker sind nicht mehr der Anfang und erst Recht nicht das Ende. Wir sind der Ansicht, dass man vor all dem keine Angst haben sollte.

Der Themenkomplex, der sich daraus für uns ergibt ist weitläufig: Digitalisierte Bildung, Datenschutz, der alle was angeht, oder das Urheberrecht in Bezug auf Medizin, Kultur und Medien. Ob Infrastruktur, denn Digitalisierung ist mehr als Breitbandausbau, Utopien jenseits des Kapitalismus oder Gaming. All diese Punkte sind wichtig in Bezug auf linke Zukunftsperspektiven im Zusammenhang mit Digitalisierung, aber es sind nicht die einzige, zahlreiche lassen sich ergänzen!

Wir haben das Gefühl, dass unser Verband die eigene Digitalisierung nur halbherzig umsetzt. Ein Großteil der bürokratischen Abläufe funktioniert mittels Papier, seien es Fahrtkostenabrechnungen, Tischvorlagen, etc. In unserem Verband existiert kaum verknüpftes Wissen über Online-Auftritte oder Aktionsformen im Internet. Es gibt keinen Online-Layout-Pool, über welchen alle aktiven Mitglieder, Landesverbände und OGs Flyer oder Sticker austauschen können. Arbeitsgruppen, BAKs und OGs organisieren ihre Arbeit teilweise über Facebook-Gruppen. Kaum eine OG oder ein Gremium kommuniziert verschlüsselt. Ohne in paranoide Argumentationen zu verfallen, kann trotzdem gesagt werden, dass sich die Repression gegenüber Linken zunehmend zuspitzt, gerade in Anbetracht dieser Tatsache, ist es wichtig, dass wir uns mit sicherer interner Kommunikation auseinandersetzen. Die Razzia in der Landesgeschäftsstelle der linksjugend [solid] Thüringen ist nur ein aktuelles Beispiel von vielen. Wir haben das Gefühl, dass die Nazis rechts an uns vorbeiziehen, was Online-Auftreten (Propaganda) angeht und in der inhaltlichen Bearbeitung dieser Themen, überholt uns die FDP von rechts.

Dabei liegt es an uns, diese Themen von links zu besetzen um der zunehmenden kapitalistischen Verwertungslogik des Bereichs Digitalisierung eine linke Perspektive entgegenzusetzen. Damit wir wissen worüber wir reden, müssen wir uns Kompetenzen in diesen Bereichen aneignen, anfangen uns aktiv damit auseinanderzusetzen und uns nicht von der Angst vor dem Berg an Arbeit lähmen lassen, der damit auf uns zurollt.

Kurzum: All diese Themen dürfen im Verband nicht zu kurz kommen. Dieser Antrag soll ein erster Anstoß zur Debatte in unserem Verband sein, er soll zeigen, wie groß und weitläufig das Themenfeld ist und dass wir dringend Nachholbedarf haben, uns inhaltlich mit all den angeschnitten und nichtangeschnitten Themen auseinanderzusetzen. In der Vergangenheit gab es unterschiedlichste Versuche, Strukturen zu gründen, die sich mit Digitalisierung auseinandersetzen wollten, wie z.B. den BAK Hipster oder den BAK Netzpolitik. Sie alle sind wieder eingeschlafen.

Deshalb möchten wir mit diesem Antrag

- a) die Gründung eines BAKs initiieren. Er soll Platz bieten um den Themenkomplex

inhaltlich zu bearbeiten. Er soll aber auch Raum ermöglichen, Vorschläge für die innerverbandliche Organisation, Kommunikation, Arbeit und den Austausch zu machen. Er soll den Verband auf progressiven Austauschplattformen wie dem Chaos-Communication-Congress (Internationales Treffen der Hackerszene) vertreten. Ob Hacker*innen, Nerds, ob Trekkies, oder Verschlüsselungfans, ob Expert*innen oder Neueinsteiger*innen wir wollen, dass der BAK allen, die sich in dem Themenfeld engagieren wollen, eine Möglichkeit bietet an ihren Themen zu arbeiten und den BAK zum Austausch untereinander zu nutzen.

b) Darüber hinaus soll dieser BAK gemeinsam mit dem BSPR gegen Ende des Jahres (November) eine Zukunftswerkstatt organisieren. Es braucht eine Perspektive für die Zukunft, die utopisches Denken möglich macht und die Chance bietet für die eigenen Ideen zu brennen. Solche Perspektiven wollen wir auf einer solchen Zukunftswerkstatt erarbeiten und Wege, wie sie zu einer Umsetzung finden können beginnen. Die Zielsetzung einer solchen Zukunftswerkstatt soll es sein, Menschen die Möglichkeit bieten sich zu bilden und konkrete Positionen für die Linksjugend [solid] auszuarbeiten.

A13 Gedenken an unsere Geschichte

Der Bundesverband ruft vom 24.10.-09.11., zu einer Aktionswoche zum Gedenken an die ermordeten Kommunist*innen, Sozialist*innen und Anarchist*innen Europas auf.

Alle Landesverbände und Basisgruppen sind aufgerufen in dieser Zeit Veranstaltungen vor Ort durchzuführen.

Der Bundesverband stellt eine PowerPoint Präsentation an alle Verbandsstrukturen zur Verfügung. Die ppt bildet den Rumpf für eine Gedenkveranstaltung.

Es soll ein Video für die social Media Kanäle des Verbandes erstellt werden, welches sich auf die historischen Ereignisse bezieht und mit heutigen Kämpfen und dem Verband verknüpft.

Alle Geschichtsinteressierten sind dazu aufgerufen lokale Kämpfe in der BRD zu recherchieren. In der Bundesgeschäftsstelle werden Informationen und Material zu den Kämpfen gesammelt und den jeweiligen Landesverbänden und Basisgruppen zur Verfügung gestellt, damit diese vor Ort Veranstaltungen durchführen können und die Veranstaltungen um einen lokalen Bezug erweitern können.

A16 Wider dem völkischen Geist – Kein „Schild und Schwert-Festival“ in Sachsen oder anderswo!

Wider dem völkischen Geist - kein "Schild und Schwert-Festival" in Sachsen oder anderswo!

Vom 20.-22. April findet in Ostritz in der Ostlausitz auf dem Gelände des „Hotel Neißeblick“ das "Schild und Schwert-Festival" statt.

Ein Neonazi-Festival, welches allein durch die Wahl des Datums und die direkte Nähe zur polnischen Grenze eine enorme Provokation darstellt. Das „Schild und Schwert-Festival“ soll ein europaweites Szene- und Netzwerktreffen der Neonazis werden, mit dem auch viel Geld zur Finanzierung von Neonazistrukturen eingenommen werden und wird unter anderem vom Thüringer NPD-Funktionär Thorsten Heise organisiert. Die Organisator_innen haben für ihre Versammlung 750 Anwesende angemeldet. Bei der breiten Mobilisierung, dem Datum und der Größe des Geländes ist jedoch mit mehreren tausend Teilnehmer_innen zu rechnen, auch die Polizei und das Ordnungsamt gehen inzwischen von mehr Teilnehmer_innen aus.

Die Konzerte werden wohl mit weiteren Events aus der Kampfsportreihe „Kampf der Nibelungen“, verknüpft. Die bisher bekannten Bands - unter anderem Szenegrößen wie "Die Lunikoff-Verschörung", "Kategorie C" und "Oidoxie" - stehen zudem in enger Verbindung zum rechtsradikalen und in Deutschland verbotenen „Blood & Honour“-Netzwerk. Die Redner_innenliste liest sich als who-is-who der rechtsradikalen Szene. Neben Heise sollen unter anderem der NPD-Europaabgeordnete Udo Voigt sowie Michael Brück, ehemals in der verbotenen Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ und heute als Kader von „Die Rechte“ aktiv, Redebeiträge halten. Gegen einen der geplanten NPD-Redner wird im Zusammenhang mit dem Angriff auf Connewitz am 11. Januar 2016 ermittelt. Besonders absurd ist, dass die Veranstaltung nicht als Festival oder Konzert, sondern als Kundgebung angemeldet ist und die Neonazis demnach von der Polizei geschützt werden müssen. Ähnlich war es im Juli 2017 beim "Rock gegen Überfremdung" im thüringischen Themar, bei welchem rund 6.000 Neonazis unter dem Schutz der Polizei und der Versammlungsfreiheit in aller Ruhe Hitlergrüße zeigen, "Sieg Heil" brüllten und verbotene Symbole tragen konnten - und das ohne, dass die Polizei eingriff und die Veranstaltung beendete. Ähnliches muss wohl auch im April in Ostritz befürchtet werden.

Die Versammlungsfreiheit ist ein Grundrecht, das es um jeden Preis zu schützen gilt. Es kommerzielles Neonazi-Festival (Eintrittspreis für zwei Tage: 45€ im Vorverkauf), bei dem - wie Themar zeigt - mit Volksverhetzung und dem Zeigen von verfassungswidrigen Symbolen zu rechnen ist, fällt jedoch nicht darunter. Wir nehmen nicht hin, dass das demokratische Gut der Versammlungsfreiheit für völkische, rassistische, antisemitische und demokratiefeindliche

Hetze missbraucht wird und fordern daher von den Versammlungsbehörden, derartige als Kundgebung getarnte Neonazi-Festivals zu verbieten.

Aufgrund der sächsischen Verhältnisse, wird sich das Neonazifestival vermutlich nicht verhindern lassen. Gerade deshalb rufen wir dazu auf, sich an dem Gegenprotest und Gegenfest „Rechts rockt nicht!“ teilzunehmen, das vom 20.-21. April ebenfalls in Ostritz stattfindet.

Die linksjugend ['solid] spendet dem Bündnis „Rechts rockt nicht!“ zusätzlich 500 €.

A18 50 Jahre 1968

Der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen hat 2016 in seiner Leitrede zum Stuttgarter Programmparteitag den Kampf gegen das „versifft links-rot-grüne 68er Deutschland“ ausgerufen.

Dieser martialische Aufruf zum Kulturkampf ist keineswegs zufällig, markiert doch das Jahr 1968 nach 1945 schon die zweite große Niederlage der Rechten im zwanzigsten Jahrhundert. Das Jahr symbolisiert den Schritt Westdeutschlands aus dem miesigen postfaschistischen Adenauerstaat in ein zumindest halbwegs lebenswertes Land: Die zweite Frauenbewegung, die Lehrlingsbewegung, die Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im globalen Süden und natürlich auch die Studierendenbewegung nahmen hier ihren Ausgangspunkt. 1968 und seine Nachwehen stehen deshalb für vieles, was wir heute gegen Rechte und Neoliberale verteidigen müssen: Die Legalisierung männlicher Homosexualität, das Recht von Frauen selbstständig Berufe ergreifen zu dürfen, BAFÖG, linke Universitätsinstitute, gestärkte Jugendvertretungen in den Betrieben usw. usf.

Gleichzeitig gilt es für uns auch vieles kritisch zu reflektieren: 1969 zerbrach die breite Bewegung in zahllose ultralinke Sekten bis hin zu isolierten Terrorzellen, ein Großteil dieser Generation linker Aktivist*innen wechselte später ins bürgerliche Lager bis hin zum Bundesinnenminister und nicht zuletzt markiert das Jahr 1968 und die neue Linke auch, dass die Brücke zur alten Linken und der Arbeiter*innenklasse oft nichtmehr geschlagen wurde was die Linke nachhaltig schwächte.

50 Jahre später heißt es für uns Bilanz zu ziehen und einen Blick zurück zu werfen, um nach vorne auf die kommenden Aufgaben zu schauen. Was können wir von 1968 lernen um in einer polarisierten gesellschaftlichen Situation mit einer starken Rechten Bewegungen und Siege zu organisieren ohne die gleichen Fehler noch einmal zu machen?

Um diese Diskussionen zu führen unterstützt die linksjugend [‘solid] den Kongress des SDS zu 50 Jahren 1968 und verankert außerdem die Auseinandersetzung im Verband.

Das bedeutet konkret:

- Wir bringen uns in die Erarbeitung des Programmes ein
- Wir mobilisieren intern und extern zum Kongress
- Wir übernehmen die Fahrtkosten für unsere Mitglieder
- Wir erstellen in Zusammenarbeit mit dem SDS einen Referent*innenpool und Bildungsmaterialien um die inhaltliche Auseinandersetzung in den Basisgruppen über ein einzelnes Event hinaus zu fördern.

A19 Basisdemokratie muss auch digital sein – digitalen Austausch ermöglichen

BSpR und BGS werden damit beauftragt eine geeignete digitale Kommunikationsplattform für eine breite innerverbandliche Vernetzung und Diskussionsmöglichkeit zu schaffen.

**A20 Solidarität und die Vielfalt des Widerstands sind unsere Stärke!
Gemeinsam gegen Nazis!**

Für den heutigen 14. April 2018 rufen Dortmunder Nazis der Partei „Die Rechte“ im Verbund mit anderen europäischen Nazis zu einer Demonstration unter dem Motto „Europa Erwache!“ in Dortmund auf. Ob die „Patriotischen Europäer“ in Dresden und anderen Städten, die „Identitäre Bewegung“ oder Götz Kubitscheks „Institut für Staatspolitik“: Sie alle haben sich die vermeintliche Verteidigung Europas auf die Fahnen geschrieben. Dabei wird eine Bedrohung durch nach Europa gelangende Geflüchtete herbeigeschworen, die man abwehren müsse. Für Nazis und „die neue Rechte“ stellt Europa das „Abendland“ dar, das gegen das als muslimisch markierte „Morgenland“ in Stellung gebracht wird. Die Aufgabe von progressiven Kräften ist Rassismus gegen religiöse Minderheiten entschieden zurückzuweisen und praktische und konkrete Solidarität zu üben. Weder Frauen mit Kopftuch, noch Moscheen sind das Problem, sondern deren gesellschaftliche Stigmatisierung. Wir alle müssen uns schützend vor diejenigen stellen, die Opfer von rassistischer Gewalt werden oder von dieser bedroht sind. Dieser gemeinsame Widerstand bietet die beste Basis für eine Überwindung von konservativen Ideologien. Für ein besseres Morgen! Und das geht am besten, wenn wir alle zusammenarbeiten: Nazigegner*innen, Antifa-Aktivist*innen, Aktive aus Parteien, Gewerkschaften, Migrant*innen-Organisationen, Kirchengemeinden, LGBTI-Aktivist*innen, Leute aus den Stadtteilen, Schüler*innen, Studierende etc. oder kurz: wir alle!

Die linksjugend [‘solid] solidarisiert sich mit allen Formen des Gegenprotestes und allen, die heute auf der Straße sind, um deutlich zu machen, dass wir alle Nationalismus, Antisemitismus, antimuslimischen Rassismus, Antiziganismus, Homophobie und allen Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit den Kampf ansagen!

A22 Geschlechtergerechtigkeit jetzt!

Seit der Bundestagswahl trenden antifeministische und sexualisierte Beleidigungen und Drohungen in den neuen Medien. Die Bandbreite reicht von Onlineaktivist*innen auf rechtsradikalen Plattformen, bis hin zu Social Media Beiträgen deutscher Parteien oder Leitmedien wie der BILD. Besonders auf eine sexistische Weise angegriffen und mit sexueller Gewalt bedroht werden hierbei weibliche Politiker*innen seit Anbeginn.

Politik ist prozentual noch immer überwiegend männlich und weibliche Politiker*innen sind unterrepräsentiert. Es ist auch im Jahr 2018 somit noch immer schwer, als Frau in der Politik Fuß zu fassen. Es werden weibliche Kandidat*innen, dann etwa gefragt, ob neben der Politik noch genügend Zeit für die Kinder bleibe. Nur bei weiblichen Politiker*innen wird in Frage gestellt, ob ein zukünftiger Kinderwunsch nicht der politischen Karriere entgegenstehe. So zielten auch die Bedrohungen, die weibliche Politiker*innen erhielten, größtenteils auf die vermeintliche Gebärfähigkeit ab. Es wurden beispielsweise sexualisierte Beleidigungen bis hin zu Vergewaltigungsdrohungen als Mittel in der politischen Auseinandersetzung genutzt.

Weibliche Politiker*innen werden auch 2018 noch immer dafür angegriffen, dass sie die gesellschaftliche Ordnung durch den Kampf um Gleichberechtigung bedrohen. Emanzipierte Frauen, werden als Bedrohung für männliche Privilegien geächtet und somit gezielt zurück in die eigenen vier Wände verwiesen, in denen sie sich zu dem regressiven Familienbild zurückbesinnen sollen, welches dem männlichen Gegenüber hörig ist. Aktiver Widerstand gegen sexualisierte Gewalt wird mit dem Verweis auf die vermeintlich verletzlichen Rolle der Frau in der Gesellschaft abgewiesen. Frauen werden zu Freiwild erklärt, welche in die gesellschaftliche Rolle zur Not mit sexualisierter Gewalt zurückgewiesen werden müssen.

Wir als linksjugend [‘solid] kämpfen für Gerechtigkeit auch im Geschlechterverhältnis:

- Soziale Gerechtigkeit bedeutet als Mensch keine Angst mehr davor haben zu müssen, dass die vermeintliche Gebärfähigkeit zum Verhängnis wird! Es kann nicht sein, dass selbst im Jahr 2018 Sexismus in allen Lebensbereichen noch immer zum Problem wird!
- Soziale Gerechtigkeit bedeutet weiter, dass endlich ausreichend vor häuslicher Gewalt geschützt wird! Der Umstand dass tausende hilfeschende Frauen und Kinder abgewiesen werden und in lebensbedrohliche Situationen zurückgeschickt werden ist beschämend!
- Soziale Gerechtigkeit bedeutet weiter, dass Sexismus in der Politik kein Hindernis mehr darstellt und nicht mehr dazu führt, dass Frauen im Bundestag unterrepräsentiert sind!
- Gerechtigkeit bedeutet letztendlich als Frau nicht länger unter sexualisierter Gewalt leiden zu müssen!
- Geschlechtergerechtigkeit bedeutet, dass die Arbeitsteilung in weibliche, 'minderwertige' Arbeit und männliche, 'qualifizierte' Arbeit überwunden wird. Wir fordern gleiche Beteiligung der Frauen* an der Gesellschaft, in öffentlichen Bereichen, in der Produktion und gleiche Beteiligung der Männer in den von der herrschenden Ideologie als "privat" abgewerteten Bereichen, wie der Kindererziehung, der Pflege von Angehörigen und der Reproduktionsarbeit. Nur wenn auch die geschlechtliche Arbeitsteilung aufgehoben wird, kann der Kapitalismus als herrschende Wirtschaftsordnung überwunden werden!
- Wir fordern: gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit! Es kann nicht sein, dass in "Frauenberufen", in denen überdurchschnittlich viele Frauen arbeiten, das Lohnniveau so gering ist!
- Unerlässlich ist ein gutes, kostenloses und verlässliches System der Kinderbetreuung in öffentlicher Hand, bei dem die Erzieher*innen fair bezahlt werden und für ausreichend Personal durch attraktive Bezahlung und Arbeitsbedingungen gesorgt wird.

Die linksjugend [‘solid] veranstaltet in Kooperation mit dem Bundesarbeitskreis Feminismus die »Geschlechtergerechtigkeit jetzt!« Kampagne, welche mit eigenem Material, einer Veranstaltungs-, sowie Workshopreihe und entsprechender Öffentlichkeitsarbeit auf die fehlende Gleichberechtigung von Frauen im 21. Jahrhundert aufmerksam macht und weibliche Genoss*innen in ihrem Kampf um gleichberechtigung unterstützt!

A23 My body my choice!

Es bleibt dabei, dass es 2018 noch immer dazu kommt, dass Menschen jenseits der heterogeschlechtlichen Männlichkeit diskriminiert, unsichtbar gemacht, weder monetär noch auf non-monetärer Basis gleichberechtigt werden und wenn sie doch zur Geltung kommen, dann nur als sexualisiertes Werbeobjekt.

Der gesellschaftliche Diskurs verschiebt sich nach rechts. Die rechtskonservativen Parteien suggerieren der Bevölkerung vermehrt es nähere sich eine Bedrohung von Außen, von den Fremden gegen die sie die Frauen und »unsere Familien« schützen müssten, aber sie sind mit ihrem regressiven Menschen- und Familienbild eine Antriebsfeder hinter der Bedrohung der feministischen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte und dies gilt es zu demaskieren und zu benennen!

Mit den selbsternannten »Lebensschützern« versammelten sich in dem letzten Jahr bundesweit Rechtsradikale, christliche Fundamentalist*innen bis hin zu Konservativen in Veranstaltungen mit dem Titel »Marsch für das Leben« um das Ende von »Abtreibungen und Selektionen« zu fordern. Sie zogen durch die Straßen, um ein striktes Abtreibungsverbot zu fordern – getarnt unter dem Deckmantel der Menschenfreundlichkeit und dem Einsatz für die Rechte etwa behinderter Menschen. Mit der Parole »Willkommenskultur für Ungeborene« machten diese stattdessen mobil gegen Geflüchtete.

Unterbundene Infos für gebärfähige Menschen

§219a StGB - Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft wird mit diesem Absatz aus der Zeit der Nationalsozialist*innen verboten - dagegen rührt sich Widerstand. Die SPD ruderte bei der Initiative gegen das Werbeverbot bei Schwangerschaftsabbrüchen, welches in der juristischen Praxis auf ein völliges Informationsverbot hinausläuft, zurück: Kein SPD-Antrag gegen 219a, aber DIE LINKE kritisierte den Rückzug: Die SPD darf sich nicht »rückwärtsgewandten Position der CDU/CSU und AfD anschließen«.

Es kann nicht sein, dass die SPD sich für die GroKo entscheidet und damit feministische Werte zugunsten der CDU für entbehrlich hält! Es geht darum nationalsozialistische Bevölkerungspolitik, welche den Paragraphen 219a 1933 erließ, endlich hinter sich zu lassen und es ist unfassbar, dass Ärzt*innen wie Kristina Hänel, dafür bestraft werden, dass sie Informationen über Schwangerschaftsabbrüche anbieten.

Wer das Leben ungewollt schwangerer Menschen schützen will, muss Abtreibungen endlich legalisieren, denn repressive Abtreibungsregelungen treiben Menschen weltweit (wie z.B. Polen) zu illegalen Schwangerschaftsabbrüchen und diese sind oft sehr teuer und führen teilweise bis hin zum Tod. Die Gleichstellung aller sexuellen Lebensweisen muss gleichberechtigt anerkannt werden und der Zugang zu Abtreibungen muss legal sein!

Wir kämpfen gemeinsam mit den Bewegungen für sexuelle Selbstbestimmung für die Abschaffung der §§218–219b in Deutschland und solidarisieren uns ebenfalls mit den Bewegungen gegen Verschärfungen und restriktive bestehende Regelungen zu Schwangerschaftsabbrüchen in Ländern wie Polen, Irland, usw.

Beschluss A25: Barrierefreie Sprache in der Linksjugend. Und in der Partei DIE LINKE.

Wir finden:

Alle sollen an Politik teilhaben können.

Barrieren machen das oft schwer.

Eine Barriere ist Sprache.

Barrieren können in Texten sein.

Und in Diskussionen.

Barrieren können sein:

- lange Sätze
- schwierige Wörter
- viele Aussagen in einem Satz
- keine Aussagen in einem Satz
- schwierige Zitate
- zu lange Texte

Texte und Diskussionen sind deswegen manchmal schwer zu verstehen.

Auch bei der Linksjugend.

Und bei der Partei DIE LINKE.

Das wollen wir ändern.

Deswegen streben wir an:

Für die Linksjugend [solid]:

- Jeder Antrag an den Bundeskongress soll eine Kurz-Fassung in leichter Sprache haben mit dem Ziel künftig alle Anträge in Leichter Sprache zu stellen

Dazu wird es Hilfe geben.

Alle Wahl-Programme sollen **auch** in leichter Sprache geschrieben werden

Teilnehmer*innen von politischen Diskussionen sollen sich um Leichte Sprache bemühen

Die Finanzordnung soll in Leichte Sprache übersetzt werden**

Die Geschäftsordnung soll in Leichte Sprache übersetzt werden**

Die Wahlordnung soll in Leichte Sprache übersetzt werden**

Die Satzung soll in Leichte Sprache übersetzt werden**

Alle Flyer-Texte von der Linksjugend-Bundes-Ebene sollen zusätzlich in leichter Sprache geschrieben werden. Damit meinen wir die Flyer zu den Haupt-Themen.

Zum Beispiel:

- Krise
- Klima
- Kapitalismus
- Antifa
- Antisemitismus
- Feminismus
- Rassismus
- Krieg und Frieden

Das Selbst-Verständnis soll zusätzlich in leichter Sprache geschrieben werden.

Für die DIE LINKE

- Bei DIE LINKE sollen Anträge möglichst in Leichter Sprache verfügbar sein
- Teilnehmer*innen von politischen Diskussionen sollen sich um Leichte Sprache bemühen
- Das Thema soll auf dem Bundesparteitag angesprochen werden

- Dazu soll die Inklusionsbeauftragte der Partei DIE LINKE angefragt werden - sie soll uns unterstützen

Wir wollen:

- alle sollen Politik verstehen können.
- alle sollen daran teilhaben können.
- Leichte Sprache hilft dabei.

* Leichte Sprache muss von einer Prüfgruppe geprüft werden.

Das kostet Geld.

Und benötigt Zeit.

Zeit und Geld sind nicht immer da.

Wir versuchen Leichte Sprache zu nutzen.

Auch wenn es nicht geprüft wird.

Leichte Sprache hilft allen Menschen.

**

Die Texte sind da.

Sie können von einem Übersetzungs-Büro übersetzt werden.

Eine Prüfgruppe kann die Texte in Leichter Sprache prüfen.

Das kostet Geld.

Leichte Sprache hilft allen Menschen.

A26 'Internationaler Kurdistankongress – Feminismus, Ökologie, Sozialismus neu denken!' unterstützen

Linksjugend [solid] möge den Internationalen Kurdistankongress, der im Herbst diesen Jahres an der TU Berlin stattfindet mit 1.000 Euro unterstützen und folgenden Aufruf unterzeichnen:

Seit 2013 wird im nördlichen Teil Syriens ein Gesellschaftsmodell etabliert, das auf Feminismus, Ökologie, Sozialismus und demokratischem Konföderalismus basiert. Kurd*innen, Jesid*innen, Araber*innen, Assyrer*innen und andere Minderheiten leben hier friedlich zusammen. International bekannt wurden die Volks- und Frauenverteidigungseinheiten YPG und YPJ, die in Kobane erfolgreich Widerstand gegen den IS leisteten, und danach eine maßgebliche Rolle dabei spielten diesen zurückzudrängen und schließlich dessen „Hauptstadt“ Raqqa zu befreien. Jetzt, wo eine politische Lösung des Konfliktes in Syrien immer näher rückte, startete die Türkei einen Angriff auf die demokratischen Kräfte in Nordsyrien. Und das auch mit deutschen Waffen. Der Krieg wird damit neu angeheizt und hunderttausende Menschen, die aus der Region stammen oder dort Zuflucht gefunden haben, sind nun gefährdet.

Nachdem die USA jahrelang einen sinnlosen Krieg in Vietnam geführt hatten, haben 1968 Studierende an der TU Berlin einen Internationalen Vietnamkongress organisiert, um für eine Beendigung des Krieges zu demonstrieren. Über 5.000 Teilnehmer*innen und Delegationen aus der ganzen Welt nahmen daran teil.

Wir wollen an das Erbe von 1968 anknüpfen und diesmal unsere Solidarität mit den Kurd*innen zeigen, die als Minderheit im Nahen Osten seit langer Zeit Unterdrückung erleben. Sie werden nun wieder Zielscheibe eines weiteren Krieges, der von (Groß)Mächten forciert wird. Ihr Widerstand verdient unsere Unterstützung mehr denn je.

Der Angriff auf die Revolution in Nordsyrien ist allerdings nicht nur ein Angriff auf die Kurd*innen, sondern er ist ein Angriff auf alle fortschrittlichen Kräfte in der Region und weltweit. Denn die dortige Revolution hat nicht nur den Anspruch das friedliche Zusammenleben verschiedener Ethnien zu garantieren, sondern feministische, ökologische und sozialistische Ideale umzusetzen.

Der Internationale Kurdistankongress hat zum Ziel diese Ideale und deren Umsetzung in den verschiedenen Teilen Kurdistans zu untersuchen und bekannt zu machen. Er will darüber hinaus eine internationale Vernetzung feministischer, ökologischer und sozialistischer Bewegungen ermöglichen. Da wir die fortschrittlichen Kräfte in Kurdistan nicht als isoliert betrachten, wird sich der Blick auch auf die Kämpfe hier in Europa und weltweit richten.

A27 Abschiebung konsequent entgegen stehen! – Widerstand 31 Mai supporten!

Die Linksjugend solid' beschließt, dem Bündnis Widerstand 31 Mai einen Spendenbeitrag von 1000 Euro zu überweisen. Die Delegierten zum Bundesparteitag der Linken verpflichten sich selbigen, oder in höher dotierten, Antrag ein zu bringen.

A28 Polizeigesetzverschärfungen kontern - Aktivist*Innen ausbilden!

Der Bundesverband möge beschließen, eine Veranstaltungsreihe in Nürnberg, bestehend aus einem Samstag im Mai zum Thema Aktionismus und Antirepression und einem Wochenendseminar im Juni zum Thema Prozessführung, mit 700€, zu bezuschussen und bayernweit, sowie bei Anreise aus angrenzenden Bundesländern, Fahrtkosten zu erstatten.

A29 Gemeinsam kämpfen: Kein „Weiter so“ mit Niedriglöhnen und Sozialabbau! Zurückschlagen gegen die unsoziale Politik der Merkel-Regierung!

Nach Hartz IV und anderen „Reformen“ unter Rot-Grün und der Rente mit 67 kam es nur zu wenigen verallgemeinerten Angriffen auf den Lebensstandard breiter Massen. Trotzdem ist es in einigen Sektoren der lohnabhängigen Bevölkerung schrittweise zu deutlichen Verschlechterungen gekommen.

Die Liste der sozialen Missstände in Deutschland ist lang:

- Nach einer schleichenden Deindustrialisierung in Ostdeutschland und Nordrhein-Westfalen ist die Arbeitslosigkeit in vielen Gebieten sehr hoch
- Nur 30 Prozent von Unternehmen sind heute noch tarifgebunden, die Löhne aller Beschäftigten ohne Tarifbindung sinken
- 2,7 Millionen Beschäftigte werden unter Mindestlohn bezahlt – darunter viele Jugendliche
- Viele soziale Dienste wie Krankenhäuser oder Pflegeeinrichtungen wurden privatisiert und haben den heutigen Pflegenotstand durch Kürzungen mitverursacht
- Eine Reichensteuer gibt es nicht, und die Politik der Schwarzen Null verhindert weitergehende soziale Verbesserungen, wie eine Ausfinanzierung von Kitas und Gesundheitssystem, Renten oder sozialer Arbeit
- Mit Angriffen wie dem Tarifeinheitsgesetz wurde versucht, kämpferische Gewerkschaftsarbeit weiter zurückzudrängen
- Die gesetzliche Rentenversicherung wird Schritt für Schritt zugunsten privater Modelle zerstört
- Ein großer Teil der Rentner*innen lebt in Armut – gerade Frauen erhalten im Schnitt nochmal die Hälfte weniger Rente als Männer!
- Jedes fünfte Kind in Deutschland lebt heute dauerhaft in Armut

...

Während fünfzehn Menschen in Deutschland jeweils mehr als zehn Milliarden Euro Privatvermögen haben, sind zwölf Millionen Menschen arm. Während die Superreichen weltweit letztes Jahr ihr Vermögen um 18 Prozent erhöht haben, sind die Armen und abhängig Beschäftigten die Verlierer der aktuellen Entwicklung.

Auch die kommende Bundesregierung stellt sich gegen Arme und arbeitende Leute in diesem Land!

Wenn man sich das Leben der meisten Menschen in Deutschland heute ansieht, ist auch die neue Bundesregierung nur ein schlechter Witz! Im Amt, das in der Merkelregierung anscheinend scherzhaft als „Gesundheitsminister“ bezeichnet wird, behauptet Jens Spahn „Hartz IV ist nicht Armut“, schlägt eine weitere Erhöhung der Arbeitsbelastung für Pflegekräfte vor und steht für eine weitere Kriminalisierung von Abtreibungen. Olaf Scholz holt einen Goldman-Sachs Mitarbeiter als Staatssekretär ins Finanzministerium, Außenminister Heiko Maas verweigert sich der klaren Kritik an seinem Militärpartner Türkei für den Angriffskrieg auf Afrin, Kriegsministerin von der Leyen wirbt fleißig für noch mehr Aufrüstung und Krieg und Horst Seehofer bewirft Muslim*innen in Deutschland mit seinem rassistischen Schmutz.

In einer Welt, in der „Politik“ immer nur heißt, dass die da oben sich bereichern, während Armut, Ausbeutung und Krieg herrschen, wollen wir nicht leben! Statt die Interessen privater Profite zu verteidigen, wie es die etablierten Parteien tun, wollen wir Widerstand aufbauen und an der Seite der Werktätigen, Arbeitslosen, Alten und Jugend kämpfen!

Ran an die soziale Frage

Noch wissen wir nicht genau, an welchen Themen sich im nächsten Jahr Widerstand entzündet. Wir sind an einer breiten Vielfalt von Themen aktiv: sei es der Widerstand gegen die deutsche Außenpolitik, gegen verschärfte Polizeigesetze, gegen die Repressionen gegen die kurdische Bewegung, die Zerstörung unserer

Umwelt, feministische Proteste wie gegen den §219a und gegen sexualisierte Gewalt, der Kampf gegen Rechts, für gutes Wohnen und vieles mehr. Das tun wir mit der Perspektive, am Aufbau einer starken Arbeiter*innenbewegung mitzuwirken. Dabei ist es wichtig, dass wir es schaffen, eine einende Kraft in der Arbeiter*innenbewegung zu sein und unsere Gemeinsamkeiten als Klasse in unseren Kämpfen nach vorne zu stellen. Viele davon liegen in der sozialen Frage, in unseren gemeinsamen Interessen gegen die Politik für „die da oben“. Eine solche Orientierung wird uns dabei helfen, Spaltung und Diskriminierung zurückzudrängen und gleichzeitig den Widerstand gegen die herrschende Politik zu stärken.

Deshalb nehmen wir uns vor, soziale Themen stärker in unsere Arbeit aufzunehmen und klar zu machen: Die Interessen von Auszubildenden, Erwerbslosen und Beschäftigten sind unsere Interessen.

Wir unterstützen deshalb die Bewegungen und Streiks an den Krankenhäusern gegen Personalnotstand und fordern bessere Vergütung und eine bessere Qualität der Ausbildung im Pflegebereich! Privatisierte Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen sofort (re)kommunalisiert werden und deutlich mehr Ausbildungsplätze anbieten!

Der BSpR wird beauftragt, mit den Antragsteller*innen und weiteren Interessierten ein Flugblatt auf Grundlage des vorliegenden Antrags zu erstellen, das auf gewerkschaftlichen Veranstaltungen, vor Berufsschulen, bei Streiks und Demonstrationen eingesetzt werden kann, sich positiv auf die letzten gewerkschaftlichen Kämpfe wie im Metallbereich bezieht und folgende Forderungen in den Mittelpunkt stellt:

- Ein Ausbildungsgehalt von mindestens 1.400 € brutto!
- Wir brauchen eine garantierte, unbefristete Übernahme per Gesetz!
- Eine Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- Die sofortige Abschaffung von Leih- und Zeitarbeit
- Weg mit Hartz IV! Für eine soziale Mindestsicherung und Mindestrente von 1050 Euro – ohne Bedürftigkeitsprüfung und Schikanen!
- Einen Mindestlohn von mindestens 12 Euro ohne Ausnahmen!
- Kein Zwang zur Schwarzarbeit: Arbeitsrecht für alle!
- Gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit! Deutliche Lohnerhöhungen in frauendominierten Berufszweigen! Gleichheit auch bei der Rente!
- Für eine Reichensteuer von 75 % ab Einkommen von 1 Million und eine sofortige Vermögensabgabe von 10% ab 1 Million Euro
- Überführung der Banken und Konzerne in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch Belegschaftskomitees und die arbeitende Bevölkerung!
- „100 000 Pflegekräfte in den Krankenhäusern; mindestens 40 000 zusätzliche Stellen in der Altenpflege und eine bedarfsgerechte Personalbemessung in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen.
- Abschaffung des kirchlichen Arbeitsrechts

Basisgruppen der Linksjugend beteiligen sich nach Möglichkeit an der Seite der Gewerkschaftsjugendenden am 1. Mai. Wir unterstützen die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in ihrer Tarifrunde, bei der zum Beispiel 100 Euro mehr Ausbildungsvergütung gefordert wird.

In Orten, an denen Rechte sich in Betriebsräten breitmachen wollen, organisieren wir nach Möglichkeit Aktionen vor den Betrieben und versuchen Kontakte zu den Belegschaften zu knüpfen.

A30 Solidarische Landwirtschaft und Ernährungssouveränität

Die linksjugend [‘solid] spricht sich für Projekte der solidarischen Landwirtschaft und somit gleichzeitig für regionale Produkte aus. Die „Solidarische Landwirtschaft“ ist ein Netzwerk unter welchem deutschlandweit verschiedene Projekte laufen. Diese sind gemeinschaftlich organisierte und ökologische Landwirtschaften und funktionieren wie Genoss*innenschaften. Die Lebensmittel werden nicht über den Markt vertrieben, sondern fließen in einen eigenen organisierten Wirtschaftskreislauf, welcher von den Teilnehmer*innen finanziert wird. Die Vorteile solcher Landwirtschaften liegen in der Erhaltung der natürlichen Vielfalt, der Regionalität und der Gemeinschaft. Außerdem wird durch die festen Teilnehmer*innen die Existenz der dort arbeitenden Menschen sichergestellt.

Die Kommunen sollten verpflichtet werden, Freiflächen für bezahlbare Preise zur Verfügung zu stellen, um Gärtnern vor Ort zu ermöglichen. Hierfür sind Förderprogramme (ähnlich derer für Start-Up Unternehmen) und Subventionen von staatlicher Seite notwendig.

A31 Keine Finanzierung von tierischen Produkten – ökologische, regionale und saisonale Lebensmittel bevorzugen!

Der Bundeskongress möge beschließen, dass die linksjugend ['solid] in Zukunft die Nutzung tierischer Produkte möglichst vermeidet. Dies schließt die Verpflegung für Teilnehmer*innen von Veranstaltungen ein. Jeder*m Teilnehmer*in von Veranstaltungen bleibt es selbstverständlich weiterhin freigestellt tierische Produkte zu Verbandsveranstaltungen mitzubringen und zu konsumieren. Darüber hinaus soll besonders darauf geachtet werden, dass die verwendeten Lebensmittel aus ökologischer Erzeugung stammen und Obst und Gemüse vor allem regional und saisonal bezogen werden.

A33 Eine soziale Transformation muss eine ökologische sein, oder sie wird nicht sein!

„Als sozialistischer, antifaschistischer, basisdemokratischer und feministischer Jugendverband fordern wir das gute Leben für alle. Diese Forderung kann nur Realität werden, wenn wir die Zusammenhänge zwischen den gesellschaftlichen Verhältnissen und dem Zustand der Umwelt aufdecken und als integralen Bestandteil unserer Politik begreifen! Für uns bedeutet das konkret, dass das Elend der Menschen im Kapitalismus in einem Zusammenhang mit der kapitalistischen Verwertung der Umwelt steht. linksjugend [solid] setzt sich für eine Umweltpolitik ein, in der Umwelt und Soziales nicht als Antagonisten gelten, sondern in der das eine die Voraussetzung des Anderen begriffen wird. Dies bedeutet für uns auch Umweltpolitik nicht ausschließlich für den Eigenwert der Natur zu machen. Wir werden die Vielzahl der Beiträge der Umwelt zum menschlichen Wohlergehen immer wieder aufzeigen, die profitorientierte Naturbeherrschung als Teil der kapitalistischen Verwertungslogik kritisieren und deren Folgen für Mensch und Natur anprangern. Praktisch heißt das für uns bei umweltpolitischen Entscheidungen die gemeinnützigen Aspekte der Natur sichtbar zu machen, in den Vordergrund zu stellen und gegen Kapitalisierung und Privatisierung zu verteidigen. Weiter werden wir dagegen kämpfen, dass die Risiken und Kosten dieser Umverteilung von Naturressourcen uns allen auferlegt werden, während die Profite in private Taschen fließen. Um diese Positionen aktiv voranzubringen setzen für uns als linksjugend [solid] auch innerhalb der Partei DIE LINKE. dafür ein, eine solche Betrachtungsweise von Umwelt zur Grundlage für politisches Handeln zu machen.“

A36 Queer – Gleichberechtigung aller Lebensweisen

Der BSp*R erarbeitet in Zusammenarbeit mit dem BAK Feminismus Material zum Thema „Queer und Sozialismus“ auf Grundlage des folgenden Textes:

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ist gesellschaftliche Realität. In den letzten Jahren wurden einige Fortschritte erkämpft, aber die vollständige Gleichberechtigung, Gleichstellung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt – gegen Homo-, Trans- und Interphobie – sind leider noch nicht erreicht.

Zwar ist die sogenannte „Ehe für alle“ ein Fortschritt für die Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen, doch noch immer dürfen homosexuelle Paare nicht vollständig adoptieren. Für andere Beziehungsformen gibt es bisher nicht die Möglichkeit, vor dem Staat füreinander Verantwortung zu übernehmen. Während mit der Eheöffnung ein Schritt in die richtige Richtung getan wurde, ist insbesondere die Situation für Menschen mit uneindeutigen biologischen Geschlechtsmerkmalen (Inter*sexualität) oder für Menschen, bei denen biologische und soziale Geschlechtsmerkmale nicht übereinstimmen (Trans*sexualität), noch immer dramatisch. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts ist der Weg frei, das Geschlecht aus allen rechtlichen Normen zu streichen, um die bisher praktizierte Ungerechtigkeit zu umgehen.

Geschlechtergerechtigkeit muss schon im Kindesalter gefördert und dabei Raum für persönliche Entfaltung und geschlechtliche Vielfalt gesichert werden. Als Anlaufstelle für LSBTTIQ* fehlt es noch an genügend queeren Beratungs- und Aufklärungszentren sowie staatlichen Antidiskriminierungsstellen.

Es werden weiterhin ohne Zustimmung der Betroffenen medizinisch nicht notwendige Operationen an Menschen zum Zwecke der Geschlechtsangleichung durchgeführt. Hinzu kommt, dass noch immer queere Menschen überproportional von Übergriffen und Gewalttaten betroffen sind – sowohl im Privaten als auch in der Öffentlichkeit. Homo- und trans*feindliche Übergriffe nehmen seit dem Aufschwung von Rechtspopulismus und anderen menschenverachtenden Gruppen sogar zu. Fast alle queeren Jugendlichen haben bereits Diskriminierung erfahren. Die Selbstmordrate bei queeren Jugendlichen ist um einiges höher als die der restlichen Peer-Group. Die Verfolgung von queeren Menschen im Nationalsozialismus ist immer noch nicht vollständig aufgearbeitet; Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern gibt es nicht.

Die linksjugend [‘solid] will daher:

- die Schaffung einer Stelle sowie das Einsetzen einer verantwortlichen Person (Referent*in) für LSBTTIQ*-Angelegenheiten im Bund und in der Europäischen Union;
- die Mittel der Jugendarbeit für LSBTTIQ* den Herausforderungen anpassen – gerade Jugendliche brauchen in der schwierigen Coming Out-Phase Unterstützung durch Gewaltpräventions- und Beratungsangebote;
- eine menschenwürdige Behandlung und Unterbringung von LSBTTIQ*- Geflüchteten sowie eine bedarfsgerechte Finanzierung von Beratungs-, Wohn- und Hilfsangeboten – dem besonderen Schutzbedürfnis muss Rechnung getragen werden;
- das Ende der Diskriminierung bei Blut und Organspende;
- die Gleichberechtigung aller Lebensweisen – Diskriminierung privat, an der Schule, der Universität, der Ausbildungsstätte und am Arbeitsplatz lassen wir nicht zu;
- das vollständige Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare;
- die Gleichberechtigung und Emanzipation verschiedener Beziehungsformen und Lebensweisen voranbringen;

- die Abschaffung des Personenstands oder zumindest die Erweiterung um den Zusatz „inter*/divers*“ und damit einhergehend das Verändern aller offiziellen Dokumente;
- Gewaltprävention und Hilfe für Gewaltopfer;
- Inter*- und Trans*menschen verstärkt unterstützen;
- medizinisch nicht notwendige Operationen nur mit Einwilligung der Betroffenen durchführen – das Transsexuellengesetz muss als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden;
- mehr Beratungs- und Aufklärungszentren;
- den Schutz vor Diskriminierung durch das Schaffen staatlicher Antidiskriminierungsstellen – der Schutz vor Diskriminierungen aufgrund der körperlichen Variation, sexuellen Identität und Lebensweise soll in das Antidiskriminierungsgesetz aufgenommen werden;
- den Bewusstseinswandel verstärken – Homosexuelle sowie Trans*- und Inter*menschen, die Opfer staatlicher Repression geworden sind, müssen vollständig rehabilitiert und gewürdigt werden.

A37 Feminismus steht bei uns nicht nur im Programm! - Feministische Strukturen in der linksjugend ['solid] stärken!

- Der Bundessprecher*innenrat wird in Zusammenarbeit mit dem BAK Feminismus und dem Bundes-Awareness-Team beauftragt, auf bundesweiten Bildungsveranstaltungen wie dem Sommercamp oder der Winterakademie mind. einen Einstiegs-Workshop zu Awarenessarbeit anzubieten. Diese Workshops können unterschiedliche Formate haben, sollen jedoch das Ziel haben, interessierten Genoss*innen die Möglichkeit zu bieten, sich zur Awarenessarbeit zu befähigen.
- Der Bundessprecher*innenrat wird außerdem in Zusammenarbeit mit dem BAK Feminismus und dem Bundes-Awareness-Team beauftragt, noch im Jahr 2018 ein Wochenendseminar in einer gut erreichbaren Stadt für eine Awareness-Ausbildung sowie zur Weiterentwicklung der Bundes-Awareness-Struktur zu organisieren.

A38 Mobilitätswende – Freifahrt für freie Bürger*innen

Leben findet nicht nur an einem Ort statt. Wir sind zu Hause. Wir besuchen Schule, Uni, Arbeit oder Arbeitsamt. Wir sind bei Freund*innen, im Kino oder im Schwimmbad, auf Konzerten oder in Klubs und Kneipen. Wir sind bei den beiden Muttis oder den Großeltern – drei- bis viermal jährlich besuchen wir Großtante Klothilde. Wir sind im Urlaub, auf Ausflügen, auf Demos, Kundgebungen und Sitzblockaden. Mobilität ist ein Grundbedürfnis und ein Grundpfeiler der Teilhabe an gesellschaftlichem Leben; eine inklusive und solidarische Gesellschaft muss also sicherstellen, dass jede*r gleichermaßen mobil sein kann.

Wir leben aber nicht in einer inklusiven und solidarischen Gesellschaft, sondern in einer kapitalistischen. Als Dienstleistung wird die Beförderung im öffentlichen Verkehr, ebenso wie auch Fahrzeuge, im Kapitalismus als Ware behandelt und somit nicht nach Bedürfnis verteilt, sondern muss erkaufte werden. Ob und im welchem Ausmaß eine Person ihr Bedürfnis nach Mobilität befriedigen kann, hängt also von ihrer jeweiligen finanziellen Situation ab.

So entstehen Privilegien. Es gibt jene, die es sich leisten können, ein Auto zu besitzen, also autonom zu gesellschaftlichen Anlässen zu gelangen, und jene, denen dies nur zu den Fahrzeiten des öffentlichen Verkehrs möglich ist; jene, die ihren Kindern ein Taxi rufen können, wenn sie am Tag einer Klausur den Schulbus verpassen, und jene, deren Kinder dann durch die Prüfung fallen. Manche fliegen jedes Wochenende nach New York oder Tokio, andere konnten sich seit Jahren keinen Urlaub mehr leisten. Eine nicht zu unterschätzende Anzahl an Personen besitzt nicht einmal eine Fahrkarte für den ÖPNV und ist somit völlig an den Radius gebunden, den sie zu Fuß oder (falls sie sich eines leisten kann) mit dem Fahrrad zurücklegen kann.

Die bürgerliche Politik gibt zwar vor, einen vermeintlich „sozial verträglichen“ Rahmen zu schaffen, ist aber in der Tat wie so oft mehr Teil des Problems, also Teil einer Lösung: Die Regierungen liberaler und konservativer, aber auch sozialdemokratischer und grüner Parteien und (seit der weitgehenden Privatisierung des ÖPNVs) in zunehmenden Maße auch die Privatwirtschaft selbst betreiben eine Verkehrspolitik, die lediglich als Teil der Wirtschaftspolitik gedacht wird.

Hinzu kommt die ökologische Dimension. Verkehr ist der einzige Sektor in Deutschland, der steigende Klimabelastungen verursacht¹ – und das bei sinkenden Bevölkerungszahlen! Das selbstzerstörerische Element deutscher Verkehrspolitik ist also nicht erst seit dem Abgas- und Feinstaubskandal von 2017 („Diesel-Gate“) zu erkennen. Während durch den Skandal Teile der Öffentlichkeit zumindest vorübergehend für die Thematik sensibilisiert werden konnten, wurde seitens der Bundes- und Landesregierungen unter Rücksichtnahme auf die deutsche Autoindustrie und -lobby bei Feinstaub- und Emissionsbelastungen weggesehen und Abgasbetrug toleriert. Die CSU ging sogar soweit, Subventionen für Diesel-Kfz zu fordern, um den Absatz wieder anzukurbeln.²

Die Linksjugend [‘solid] sieht Mobilität als ein Grundrecht aller Menschen an. Im Rahmen einer kritischen Analyse des bestehenden Systems untersuchen wir, wie und warum Menschen ungleichen Zugang zu Mobilität erhalten. Unter Einbezug antikapitalistischer, emanzipatorischer und ökologischer Gesichtspunkte suchen wir nach Strategien, um allen Menschen gleichermaßen Mobilität innerhalb eines nachhaltigen und solidarisch organisierten Gesamtkonzeptes zu ermöglichen.

Dieses Positionspapier versteht sich als unvollständige Sammlung von Kritikansätzen, Zielvorstellungen, Forderungen und Handlungsoptionen. Es versucht, Anknüpfungspunkte für weitere mobilitätspolitische Programmbausteine und ggf. Kampagnen zu schaffen.

Vernunftgesetz Nachhaltigkeit

Der Mensch ist als biologisches Lebewesen abhängig von seiner natürlichen Lebensgrundlage. Der Verkehrssektor hat einen wesentlichen Anteil an der genau diese Lebensgrundlage bedrohenden

¹ <https://www.linksfraktion.de/themen/a-z/detailansicht/verkehrspolitik/>

² <http://www.spiegel.de/auto/aktuell/abgasskandal-horst-seehofer-will-mit-steuererleichterungen-diesel-foerdern-a-1159042.html>

Klimakatastrophe – aktuell werden 20% der Treibgasemissionen in Deutschland durch Verkehr verursacht³; wie bereits erwähnt ist es sogar der einzige Sektor mit steigender Klimabelastung.

Linke Mobilitätspolitik muss darauf abzielen, diesen Anteil auf (nahezu) 0% zu reduzieren. Verbrennungsmotoren jedweder Art sind somit perspektivisch nicht haltbar; sie können nicht Bestandteil seriöser linker Mobilitätsansätze sein und sind folglich nicht förderungswürdig. Eine Forderung à la „Autos für alle“ mag zwar dem Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit entspringen; es ist aber weder sozial, noch gerecht kommenden Generationen die Lebensgrundlage zu entziehen.

Verkehrsraumgestaltung – Wem gehört die Straße?

Jahrzehntelang galt der motorisierte Verkehr als Maß aller Dinge. Das Konzept der „autogerechten Stadt“ wurde durch Politiker*innen aller Parteien maßgeblich vorangetrieben. Es galt „freie Fahrt für freie Bürger“ und alles, was sonst noch so auf Straßen unterwegs war, galt als zu beseitigendes Hindernis. Straßenbahnen wurden abgebaut, zu Fuß Gehende und Rad Fahrende in den Seitenraum verdrängt. Es wurden zwei-, drei- und vierspurige Schnell- und Hauptstraßen gebaut und dafür ganze Siedlungen durchschnitten, aber egal – Hauptsache man kam gut durch. Und die Umwelt? Das wächst nach.

Hintergrund waren vor allem wirtschaftliche Interessen. Der Bau und Ausbau von Verkehrsinfrastruktur erfolgte primär dort, wo dies dem Transport von Gütern zuträglich war. Auch öffentliche Verkehrsmittel wurden nicht etwa geschaffen, um den Bedürfnissen von Menschen ohne Auto nachzukommen, sondern um Fabriken mit einer ausreichenden Zahl an Arbeiter*innen zu versorgen; ländliche Gebiete, deren Erschließung keine wirtschaftlichen Vorteile bot, erhielten keine oder eine nur mangelhafte Anbindung an den öffentlichen Verkehr (dies äußert sich auch heute noch darin, dass in ländlichen Gebieten häufig nur morgens (zur Arbeit) und nachmittags/abends (von der Arbeit) Busbetrieb stattfindet, während am Wochenende nicht selten gar keine Bedienung erfolgt).

Nicht-wirtschaftliche Interessen, wie das Interesse von Kindern, auf der Straße vor ihrem Wohnhaus zu spielen, oder die Belange des Naturschutzes fanden keinerlei Beachtung. Die Umweltbewegung und insbesondere die Aktivitäten der grün-alternativen Listen und später der Partei „Die Grünen“ konnten zwar bei einigen Verantwortlichen eine leichte Kurskorrektur erzielen (bspw. entstanden die ersten Tempo-30-Zonen), das Gesamtbild konnte jedoch nicht verändert werden: dem motorisierten Verkehr wird ein unverhältnismäßig hoher Anteil am Verkehrsraum zugestanden, während für rekreative Elemente wie Parks und Grünstreifen, Spielflächen sowie für die Verkehrsinfrastruktur Rad Fahrender und zu Fuß Gehender unverhältnismäßig wenig Fläche vorgesehen ist.

Beispiel Berlin: 60% des Verkehrsraums sind für Pkw reserviert, obwohl diese nur ein Drittel der Wege zurücklegen. Rad Fahrende erhalten dagegen nur 3% der Fläche, obwohl 15% der Wege mit dem Rad zurückgelegt werden⁴. Hinzu kommt, dass selbst diese 3% des öfteren zugeparkt, nicht geräumt oder sonstwie blockiert sind.

Beispiel Saarbrücken: Radspuren und -wege weisen häufig nicht einmal die gesetzliche Mindestbreite auf. In einer von der Stadt in Auftrag gegebenen Analyse der Verkehrssituation heißt es dazu unter anderem: „Die untersuchten Radfahrstreifen orientieren sich in Saarbrücken entweder an den empfohlenen Minimalbreiten oder sind zu gering bemessen. [...] Neben der zu schmalen Bemessung wurde [an einigen Stellen] der Sicherheitsabstand zu längsparkenden Kfz nicht berücksichtigt.“ Einige Radspuren sind derart schlecht gemacht, dass sie *ernsthaft* für Parkstreifen gehalten werden: „Neben dem bewussten Parken auf den Radverkehrsanlagen – bspw. aufgrund mangelnder Rücksicht oder fehlender Kontrollen – ist auch ein ‚Bewusstseinsdefizit‘ für die Radverkehrsanlagen wahrscheinlich: Ohne Fahrradpiktogramm werden Radfahrstreifen in einigen Fällen von Autofahre[nden] für Parkstreifen gehalten“⁵

In aller Regel sind diese Radspuren und -wege dann auch noch benutzungspflichtig. Die Benutzungspflicht wird in der Regel willkürlich und häufig auch illegal (d.h. entgegen geltender Gestaltungsvorschriften) verhängt. Illegalerweise benutzungspflichtige Radwege dürfen von Rad Fahrenden jedoch nicht ignoriert werden, sondern müssen befahren werden, bis die zuständige Behörde die Benutzungspflicht wieder

³ <https://www.vcd.org/strasse-zurueckerobern/>

⁴ <https://www.vcd.org/strasse-zurueckerobern/subpages/wir-brauchen-eine-diskussion-ueber-flaechengerechtigkeit/>

⁵ <http://www.vcp.saarbruecken.de/media/download-5566e5bd5cab1>

aufhebt. Die Linksjugend [‘solid] fordert dem Beispiel der Städte Köln⁶ und Hamburg⁷ zu folgen und die Radwege-Benutzungspflicht bundesweit aufzuheben.

Auch gesonderte Busspuren existieren nur sehr selten in hinreichendem Umfang – den Platz hat man ja für die Autos gebraucht. Die Linksjugend [‘solid] fordert ein alltagstaugliches Netz an hinreichend breiten Bus- und Radspuren. Dieses ist gegebenenfalls auf Kosten bestehender Pkw-Spuren anzulegen.

Die wenigsten Straßenräume in Deutschland sind barrierefrei. Deutschlandweit waren zudem im Jahr 2009 lediglich 71% der Bahnhöfe barrierefrei ausgebaut; im Saarland sogar nur 44%.⁸ Auch 2016 war dort noch jeder vierte Bahnsteig nicht stufenfrei erreichbar, 35% verfügten nicht über taktile Leitstreifen⁹. Zwar sind 10% der Menschen zwingend und bis zu 40% situativ auf Barrierefreiheit angewiesen¹⁰, doch Barrierefreiheit spielt bei der Gestaltung von Verkehrsräumen häufig keine Rolle, da eine barrierefreie Gestaltung teuer und somit oft finanziell nicht rentabel ist. So werden Menschen zusätzliche Steine in den Weg gelegt, die eigentlich besonders darauf angewiesen sind, unabhängig von Dritten bspw. eine Straße überqueren oder eine Busfahrt antreten zu können. Die Linksjugend [‘solid] fordert die sofortige Versetzung sämtlicher Verkehrsräume (inkl. aller Bahnhöfe, Haltepunkte und Bushaltestellen) in einen barrierefreien Zustand, um die Teilhabe aller Menschen an gesellschaftlichem Leben sicherzustellen.

Die Linksjugend [‘solid] will neue Maßstäbe zur Gestaltung von Verkehrsräumen entwickeln. Als Globalziel wollen wir die Frage „Wem gehört die Straße?“ stellen. Wir verurteilen alle Ansätze einer wirtschaftlich gedachten Verkehrspolitik, denn für uns steht fest: Der Verkehrsraum steht allen zu, die sich darin bewegen und aufhalten wollen.

vision zero – Für eine Welt ohne Verkehrsunfälle!

Eine weitere, wohl die fatalste, Folge der Straßenraumgestaltung „autogerechter Städte“ ist der Mangel an Verkehrssicherheit. Um dem motorisierten Verkehr nicht die freie Fahrt zu nehmen und um Geld zu sparen (schon der Bau *eines* Zebrastreifens kostet bis zu 80 000€¹¹), sind Straßenübergänge nicht hinreichend vorhanden und nur äußerst selten wirklich sicher oder gar barrierefrei gestaltet.

Menschen, die aus finanziellen, gesundheitlichen oder Altersgründen keinen Pkw fahren können, dürfen oder wollen, nehmen unter einem erheblich höherem Risiko zu Fuß oder mit dem Rad am Straßenverkehr teil. Jeden Tag verunglücken in Deutschland durchschnittlich drei Menschen tödlich in Folge von Verkehrsunfällen¹². Viele mehr verletzen sich. Auch indirekte Gesundheitsschäden durch Verkehrslärm und Abgase belasten die Menschen.

Die Linksjugend [‘solid] bekennt sich klar zur *vision zero*, also dem Ziel von null Verkehrstoten. Im Sinne der Verkehrssicherheit fordern wir ein generelles Tempolimit von 120km/h auf Autobahnen und Kraftfahrstraßen, sowie eine Herabsetzung der Innerorts-Geschwindigkeit auf 30km/h. Alle Konzepte der Verkehrsberuhigung (bspw. Einbahnstraßen, verkehrsberuhigte Bereiche, Fußgängerzonen, Shared Space, Fahrradstraßen, ...) müssen ausgeweitet werden.

Diese bieten außerdem die Gelegenheit, den Straßenraum umzugestalten und zu begrünen, sodass die Straße wieder Raum des öffentlichen Lebens und die durch Kraftfahrzeuge erzeugten Klimaschäden zumindest partiell kompensiert werden können.

Fahrscheinloser ÖPNV – Wem gehört der Bus?

Zentrales Handlungsfeld linker Mobilitätspolitik ist sicherlich der Öffentliche Personennah- und -fernverkehr (ÖPNV und ÖPFV).

⁶ <https://hamburg.adfc.de/verkehr/themen-a-z/radwegebenutzungspflicht/benutzungspflicht-aufgehoben-koeln-informiert-verkehrsteilnehmer/>

⁷ <https://hamburg.adfc.de/verkehr/themen-a-z/radwegebenutzungspflicht/adfc-erfolgreich-hamburg-stellt-schilder-fahraeder-auf-der-fahrbahn-erlaubt-auf/>

⁸ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/39308/umfrage/barrierefreie-bahnhoeefe-in-deutschland/>

⁹ https://www.vep.saarland/fileadmin/dateien/Downloads/Stationserfassung_Abschlussbericht.pdf, Seite 7

¹⁰ <https://nullbarriere.de/>

¹¹ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/79-000-euro-kostet-ein-zebrastreifen/7592040.html>

¹² <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/161724/umfrage/verkehrstote-in-deutschland-monatszahlen/>

Um diesen ist es aktuell nicht gut gestellt: wurden 1950 noch über 60% des Personenverkehrs im öffentlichen Verkehr zurückgelegt, waren es 2004 weniger als 20%¹³. Diese Verlagerung hin zum Motorisierten Individualverkehr (MIV) ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Katastrophe. Mit sinkenden Fahrgastzahlen verschlechtert sich auch das Angebot zunehmend – immer mehr Linien werden ausgedünnt oder komplett eingestellt; zumindest abends/nachts und am Wochenende findet vielerorts keine Bedienung mehr statt. Menschen, die auf den öffentlichen Verkehr angewiesen sind, sind somit immer weniger mobil. Fahrgäste müssen Preiserhöhung um Preiserhöhung schlucken, sodass sich bereits heute Viele ein Ticket vom Mund absparen müssen oder es sich gleich gar nicht mehr leisten können. Das alles grenzt Menschen von gesellschaftlichem Leben aus.

Die Linksjugend [solid] fordert die vollständige Vergesellschaftung aller Betreiber*innen des Öffentlichen Personenverkehrs. Alle Ortschaften sollen in einem angemessenen Takt und einer angemessenen Fahrzeit rund um die Uhr durch öffentliche Verkehrsmittel, die alle Menschen unentgeltlich nutzen können, verbunden werden. Mobilität und damit die Teilhabe an gesellschaftlichem Leben betrachten wir als ein Grundrecht, das allen Menschen unveräußerlich zusteht.

Die durchgehende, flächendeckende Bedienung muss jederzeit an jedem Ort gewährleistet sein (zu Schwachlastzeiten (bspw. nachts) und/oder in dünn besiedelten Ortschaften können alternative Bedienungsarten wie Rufbusse oder Anrufsammeltaxen zum Einsatz kommen). Hierin versprechen wir uns ein dickes Plus an sozialer Gerechtigkeit. Jede*r kann in gleichem Umfang zu gesellschaftlichen Anlässen an- und abreisen und ist somit nicht von vornherein von diesen ausgeschlossen; wer beispielsweise am Wochenende mit Freund*innen einen trinken gehen möchte, kommt im Anschluss hieran sicher nach Hause. Auch Ausflüge, die Familien mit ihren Kindern beispielsweise zu lokalen Sehenswürdigkeiten durchführen möchten, scheitern nicht bereits am Geldbeutel.

Der Wegfall des Ticketerwerbs für den öffentlichen Verkehr lässt zudem erwarten, dass die Anzahl der Auto Fahrenden drastisch zurückgeht, was unter ökologischen Gesichtspunkt äußerst wünschenswert erscheint. Durch eine Abnahme des Individualverkehrs können Straßenräume verkehrsberuhigend umgestaltet werden, zu Fuß Gehende und Rad Fahrende sich sicherer fortbewegen, Kinder wieder auf der – nun begrünnten – Straße spielen... Damit einher geht eine deutliche Steigerung der Nutzer*innenzahl des öffentlichen Verkehrs, sodass dieser eine rapide Effizienzsteigerung durchlaufen sollte.

In der aktuellen Debatte herrscht das Modell eines fahrscheinlosen ÖPNVs, der über eine Nahverkehrsabgabe von 20,00 oder 30,00 EUR ähnlich des Rundfunkbeitrags finanziert werden soll, vor. Obgleich bereits dieses Modell einen enormen Zugewinn an sozialer Gerechtigkeit darstellen würde, ist es aus linker Sicht dennoch zu kritisieren, da Armen genauso tief in die Tasche gelangt wird, wie Reichen. Zudem müssen wir uns gegen jene Modelle des fahrscheinlosen ÖPNVs stellen, die keine Vergesellschaftung der Verkehrsbetriebe vorsehen, da es sich hierbei um Umverteilung von Geldern der Steuern Zahlenden in die Taschen der Privatwirtschaft handelt.

Solidarität mit Menschen ohne Fahrschein

Fahren ohne Fahrschein ist in Deutschland eine Straftat. Immer mehr Menschen müssen so genannte Ersatzfreiheitsstrafen ableisten, weil sie ohne Fahrschein in öffentlichen Verkehrsmitteln mitgefahren sind.¹⁴ So wurde ein Siebtel der Gefangenen des Gefängnisses Plötzensee wegen „Erschleichens von Leistungen“ verurteilt.¹⁵

Es gibt verschiedene Gründe, ohne Fahrschein mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zu fahren. Diese reichen von politischer Überzeugung über Unwissen bis dahin, dass man schlicht kein Geld hat um einen Fahrschein zu bezahlen. Für uns sind alle diese Gründe legitim. Wir wollen daher Strategien erarbeiten, um die Menschen, die ohne Fahrschein fahren, zu unterstützen. Ein erster Schritt dürfte die Verbreitung der

¹³ <https://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/4/4d/Verkehrsleistung2.jpg>

¹⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/ersatzfreiheitsstrafen-101.html>

¹⁵ <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/strafanzeigen-durch-die-bvg-schwarzfahrer-fuellen-gefaengnis-ploetzensee-23395514>

„Kontrolletti“-Sticker der Linksjugend [’solid] in öffentlichen Verkehrsmitteln und eine öffentliche Debatte sein ;)

Die Linksjugend [’solid] erklärt sich solidarisch mit Menschen ohne Fahrschein. Wir rufen unsere Mitglieder und Sympathisant*innen auf, Fahrscheinkontrollen solange wie möglich hinauszuzögern und Menschen ohne Fahrschein bspw. per Zuruf oder durch Apps wie Blackdriver vor Kontrollen zu warnen. Wir fordern die sofortige Freilassung aller wegen „Erschleichens von Leistungen“ Gefangenen.

Alle(s) auf die Schienen

Dem schienengebundenen Verkehr muss besonderes Augenmerk gewidmet werden, da es sich um eine wenig unfallträchtige, effiziente und ökologische Fortbewegungsart handelt. Der schienengebundene Verkehr sollte daher sowohl für den Personen-, als auch für den Güterverkehr das Grundgerüst darstellen. Dem motorisierten Verkehr (der dann Optimalfall elektrisch betrieben wird) soll dabei eine Zubringerfunktion zukommen.

Die Reaktivierung stillgelegter sowie der Neubau von Bahn- und Tramstrecken können hier sinnvolle Schlüsselprojekte sein. An bestehenden Bahnstrecken sollten bei Bedarf weitere Haltepunkte eingerichtet werden.

Aber können nicht einfach alle mit Elektroautos fahren?

In der Bevölkerung geistert ja der Irrglaube umher, der Verkehr könne einfach „auf Elektro umgestellt“ werden – dann ginge von Auto ja kein Klimaschaden mehr aus und alles wäre super. Diese Umstellung ist aber alles andere als einfach. Zunächst ist festzuhalten, dass Elektroautos beim Betrieb mit Kohlestrom nur marginal weniger umweltschädlich sind als Benziner.¹⁶ Daher müsste gewährleistet sein, dass Elektroautos ihren Strom aus erneuerbaren Energien beziehen. Flächendeckende Auflade-Stationen müssten gestellt werden. Zudem würde der Bau einer großen Zahl elektrisch betriebener Pkw viele nicht-regenerative Ressourcen verbrauchen. Auch würde nicht die Spaltung der Gesellschaft in Auto-Besitzer*innen und nicht-Auto-besitzer*innen nicht aufgehoben. Gerade für den Lieferverkehr und/oder für Einsatzfahrzeuge der Polizei und Feuerwehr ist die Umstellung auf Elektroautos aber eine sinnvolle Alternative. Auch im Bereich des ÖPNV ist eine zeitnahe Umstellung auf Elektromobilität schnellstmöglich umzusetzen.¹⁷ Zudem muss auch der Umfang des (elektrisch oder nicht elektrisch betriebenen) MIV allgemein reduziert werden, um Flächenverbrauch und Landschaftszerschneidung zu unterbinden.

¹⁶ <http://eckldorna.com/2010/09/elektroautos-sind-sogar-mit-kohlestrom-gruner-als-benziner/>

¹⁷ Neben den bekannten Oberleitungsbussen, gibt es Busse mit Akku. Die Berliner Linie 204 (vgl. <http://www.taz.de/!5340705/>) und das komplette Busnetz von Zermatt (vgl. <https://www.zermatt.ch/anreise/Fortbewegung-im-Dorf>) fahren bereits heute rein elektrisch mit Akkubussen. Die Verkehrsbetriebs Hamburg-Holstein (HVV) wollen bis 2020 umstellen (vgl. <https://vhhbus.de/e-bus/elektromobilitaet/>).

A39 Pornographie - für eine feministische Darstellung der existierenden Vielfalt und Diversität

In unserer Gesellschaft herrscht immer noch in weiten Teilen ein sexistisches Menschenbild vor, das sich in der Pornographie spiegelt. Dies ist ein Zustand, den wir für intolerabel halten.

In Mainstream-Pornographie dominieren sexistische und rassistische Stereotype. Dabei wird ein standardisierter "Optimal"-Körper in den Mittelpunkt gerückt und als einzig begehrenswertes Ideal dargestellt, es besteht kein Bezug zur in der Realität bestehenden Diversität von Körperformen. Der dargestellte Sex verkommt zu einer Art Leistungssport. Dabei funktioniert alles mechanisch perfekt, nichts erinnert daran, dass dort zwei individuelle Menschen miteinander interagieren - es funktioniert scheinbar alles auf Antrieb, es gibt keine Kommunikation bezüglich Vorlieben und Empfinden, genau so wenig wie Scheitern und Neu-Ausprobieren. Die Komponenten von Sexualität, welche durch das Aufeinandertreffen von Menschen entstehen, werden gänzlich ausgeblendet. Auch in der Pornographie-Industrie schafft sich der Markt das Konsumverhalten, welches seinen Prinzipien am ehesten entspricht: Leistung, Abwertung und Dominanz.

Pornographie ist für viele Menschen ein Teil ihrer Sexualität, formt Interessen und Vorstellungen innerhalb und außerhalb der Sexualität mit.

Somit besteht die Gefahr, dass Jugendliche viel zu oft mit völlig unrealistischen Vorstellungen in ihr Sexualleben starten. Dabei wird ihnen die Möglichkeit wesentlich erschwert, ein selbstbewusstes und natürliches Verhältnis zu sich, ihrem Körper, ihrer Sexualität und ihrer Gesundheit zu entwickeln.

Eine Möglichkeit, mehr Diversität, mehr Schönheit und eine von Normen weniger restringierte Pornographie zu ermöglichen besteht in der Förderung von Pornographie, die sich an den Interessen der Gestaltenden, nicht der Konsument*innen orientiert. Die Pornographie als Kunstform, welche sich der Erforschung von Lust und Erregung, Zwischenmenschlichkeit und Einsamkeit und was immer sie gerade darstellen möchte, widmet, ermöglicht auch den Konsument*innen eine Auseinandersetzung mit der eigenen Sexualität und Umwelt.

Sexualität, in ihrer Individualität und notwendigen Konflikten, ist ein zentraler Bestandteil der Menschlichkeit. In der jetzigen Gesellschaft, von der die Pornographie, gegen die wir uns wenden, ein Teil ist, wird Sexualität oft unter großem Druck und gegen das Individuum geformt. Wir richten uns gegen diese Zerstörung einer potentiellen Glücksquelle für Menschen. Pornographie, wie jede andere Kunstform, muss die Möglichkeiten haben das Schöne und das Grässliche darzustellen, wir richten uns dagegen, ein bestimmtes Aussehen von Kunst erzwingen zu wollen, wie es im Moment durch große Teile der Pornographie-Industrie passiert.

Eines der größten Hindernisse für Künstler*innen in der Pornographie ist die Schwierigkeit funktionierende Finanzierungsmodelle zu gewinnen. Eine zentrale Rolle in dieser Problematik spielen Urheberrechtsverletzungen im PornHub-Netzwerk und ein Mangel an Bereitschaft für Pornographie zu bezahlen. Dieser Mangel an Bereitschaft zur Bezahlung ist eng verknüpft mit den Versuchen von Online-Payment-Anbietern alle Formen von Sexarbeit nicht über ihre Dienste bezahlbar zu machen, was Möglichkeiten einer einfachen und barrierefreien und dabei anonymen Bezahlung zerstört.

Vom Staat fordern wir, dass Möglichkeiten gefunden und umgesetzt werden, Pornographie wie andere Kunstformen davor zu schützen, dass fremde Akteure über die eigene Kunst gegen den eigenen Willen Gewinn erwirtschaften können. Von der Gesellschaft als ganzes müssen Wege gefunden werden Pornographie als Kunstform stärker zu ermöglichen. Die Linksjugend [!solid] soll in Zusammenarbeit mit Künstler*innen im Pornographiebereich innerhalb eines Jahres ein realistisches Modell erarbeiten, wie Pornographie gefördert werden kann. Die Linksjugend [!solid] setzt sich gegenüber der Partei DIE LINKE ein auf parlamentarischem Weg die Stellung von Künstler*innen im Pornographiegenre zu stärken. Der Bsp*R wird damit beauftragt diesen Prozess zu organisieren.

In der Erarbeitung eines solchen Modells soll Bezug genommen werden auf bereits bestehende, erfolgreich finanzierte Kunstprojekte im Genre der Pornographie.

A40 "Adoptionsrecht für alle!" - Für eine Akzeptanz aller Lebensentwürfe und Familienformen

Wir fordern eine Überarbeitung des Adoptionsrechts, welches den gesellschaftlichen Wandel und die daraus resultierenden unterschiedlichen Lebensentwürfe und Familienformen berücksichtigt und dabei jeder Person und jeder Form von Partnerschaft die potenzielle Möglichkeit zur Adoption einräumt. Dabei gilt jedoch, dass bei solch einer Überarbeitung die Orientierung am Kindeswohl und die Transparenz oberste Priorität hat!

A41 Trans* von Kindesbeinen an

Trans* bezeichnet den Widerspruch zwischen dem selbst erlebten Geschlecht und der bei Geburt zugeschriebenen Geschlechtszugehörigkeit. Die Bestimmung der Geschlechtszugehörigkeit kann nur über die Selbstbeschreibung erfolgen. Diese ist möglich, sobald Kinder sich ihrer Identität bewusst werden und entsprechende Ausdrucksmöglichkeiten haben.

Die gegenwärtige wissenschaftliche und gesellschaftliche Debatte über Geschlechtszugehörigkeit ist von Widersprüchen, Unwissenheit und Spekulationen geprägt. Aus dieser Situation heraus erfahren viele trans* Kinder (und auch die Familien) eine Pathologisierung, wenn sie versuchen, Anerkennung für ihre Geschlechtszugehörigkeit zu erlangen.

Zur gesellschaftlichen Anerkennung der Geschlechtsidentität ist ein Gutachten notwendig. In diesen wird nach unklaren Kriterien die Geschlechtsidentität "geprüft" und "bestätigt". Ganz unabhängig von der Tatsache, dass es sich bei der Geschlechtsidentität um etwas handelt, dass von außerhalb nicht geprüft und bestätigt werden kann.

Leider besteht ohne positive „Begutachtung“ kein Anspruch auf die Verwendung der richtigen Geschlechtsbenennung und des meist neu gewählten Vornamens. So sind die Kinder im Umgang mit Institutionen (KiTas, Schulen etc.) auf den „guten Willen“ der Leitung angewiesen, dass diese die Geschlechtsidentität der Kinder akzeptieren.

Diese Situation stellt die Kindern und Familien vor vielerlei Hürden: ärztliche und psychotherapeutische Termine, finanzielle Kosten, kraftraubende Auseinandersetzungen und Verhandlungen mit offiziellen Stellen, welche häufig psychische Probleme bei allen Beteiligten hervorrufen.

Aus der derzeitigen problematischen Lage heraus, zur Stärkung der Rechte von trans* Kindern fordern wir:

- Abschaffung der Diagnose von Trans* als Erkrankung, Störung oder Dysphorie
- Abschaffung von Zwangstherapie
- Freier Zugang zu verschiedenen notwendigen Maßnahmen (medikamentöse Maßnahmen, begleitende Psychotherapie, Operationen – sofern gewünscht) bei Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen zur Vorbeugung oder Behandlung möglicher psychischer Folgen durch Dysphorie oder Stigmatisierung
- Einrichtung von Anlaufstellen für trans* Kindern, die keine Unterstützung der Familie erfahren, Gewährleistung einer Unterstützung mindestens bis zur Anerkennung der Geschlechtsidentität
- Anerkennung der Geschlechtsidentität durch Änderung des Vornamens- und Geschlechtseintrages ohne Begutachtungsprozess, Wartezeiten und v.a. ohne Altersuntergrenzen
- klare Richtlinien für die Leitung von Bildungseinrichtungen im Umgang mit trans* Kindern
- Schulung des Personals an Bildungseinrichtungen (KiTas, Schulen etc.) im Umgang mit trans* Kindern
- Projektveranstaltungen an KiTas, Schulen, etc. zur Aufklärung der Kinder und Jugendlichen über Trans*
- die staatliche Unterstützung von Organisationen, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, z.B. Trans-Kinder-Netz e.V.

A43 Gegen Repression und den Polizeistaat!

Die Linksjugend [´solid] stellt sich gegen sämtliche angesprochenen Verschärfungen und Repressionsakte. Zudem ist uns wichtig, die Kämpfe von Streikenden, Asylsuchenden und Antifaschist*innen oder anderen progressiven Kräften wie Umweltaktivist*innen oder auch kurdische Gruppen zusammen zu denken und gemeinsam zu führen.

Der Trend hin zum Polizeistaat gehört gestoppt! Antifaschistischer Protest, Umweltinitiativen und ziviler Ungehorsam werden in Zukunft noch wesentlich stärker überwacht, denunziert, verfolgt und eingekerkert werden. Dagegen gilt es zu protestieren!

Wir fordern weiterhin:

- eine externe Kontrollstelle für Straftaten durch Polizist*innen in ihrer Dienstfunktion
- die Kennzeichnungspflicht für Polizeikräfte
- Rücknahme sämtlicher polizeistaatlicher Gesetzesänderungen
- die De-Militarisierung in Ausrüstung und Auftreten
- Schluss mit der Kriminalisierung linken Protests; weg mit der Extremismustheorie!
- ein Ende von GETEX - Übungen
- eine stärkere Auseinandersetzung mit rechtem Gedankengut bei Polizist*innen

Die Aufrüstung von Polizeieinheiten bundesweit, die stetige Zunahme an Überwachung durch Kameras, Abhörmaßnahmen, durch Speicherung von Metadaten und/oder durch die Funkzellenabfrage... Der deutsche Staat arbeitet seit Jahren mit fadenscheinigen Argumenten an einer gigantischen Überwachungs- und Sicherheitsstruktur. Erhöhte Polizeipräsenz wird damit begründet, dass die Menschen sich wieder sicher fühlen sollen und dieses Bedürfnis herbeigeredet. Dass Kriminalität sich aber nicht durch Staatsgewalt, sondern besser durch Prävention und soziale Sicherheit bekämpfen lässt, wird ausgespart. Ein Großteil der Verschärfungen wird aber ohnehin nur bei Demonstrationen -oder genauer gesagt bei ihrer Störung, Verhinderung oder Kriminalisierung - eine Rolle spielen.

G20

Auf Initiative des Justizministers Heiko Maas (SPD) hat der Bundestag im Eiltempo die Verschärfung der §§ 113, 114 StGB beschlossen. Ob diese Eile etwas mit dem anstehenden G20-Protest in Hamburg zu tun hatte, für welchen sich die Hamburger Polizei bereits Monate im voraus mit der Anschaffung von Panzerfahrzeugen oder der Errichtung zusätzlicher Containergefängnisse vorbereitete, kann nur gemutmaßt werden. Übereifrige Politiker der Hamburger Regierung warnten Demonstrierende davor, die Konvois der teilnehmenden Politiker*innen zu blockieren. Sie sollten sich nicht in Lebensgefahr (sic!) begeben!¹⁸ Die CDU forderte gar, aus der kompletten Innenstadt eine Demo-Verbotzone zu machen. Aktivist*innen, die sich zum Ziel gesetzt hatten die Hofierung von Mördern und Tyrannen im Rahmen eines Schauspiels gegenseitiger Bauchpinselei der sog. „World leaders“ zu opponieren, wurden als gewaltbereiter, Chaos verursachender „Black Block“ denunziert. Die polizeiliche Willkür und Gewalt sorgte ironischerweise für die Abwesenheit des Rechtsstaats, gerade dort, wo er zum Schutz von Demonstrations- und Meinungsfreiheit gebraucht worden wäre.

¹⁸ <http://www.abendblatt.de/hamburg/article210506439/G20-Treffen-in-Hamburg-Lebensgefahr-fuer-Blockierer.html>

Im Anschluss an die Proteste in Hamburg verrannte sich die Öffentlichkeit in die abzusehende Linksextremismus-Debatte. Die Rote Flora sollte möglichst schnell geschlossen werden, antifaschistische Demonstrationen wurden durch SEK-Einheiten begleitet und nicht zuletzt wurde in einer krassen Zurschaustellung des Ineinandergreifens gesellschaftlicher und politischer Repression die Seite linksunten.indymedia.org zwangsweise geschlossen.

Die „härtere Gangart“

Die reaktionären Kräfte von Polizeigewerkschaften bis zum SPD - Minister spielen bekanntlich schon länger die Platte von der stetigen Zunahme von Angriffen auf Polizist*innen. Die angeführten Zahlen geben darüber allerdings keine Auskunft. Der Universitätsprofessor Henning Ernst Müller der Uni Regensburg merkt zudem an: "Die Polizeiliche Kriminalstatistik wird von der Polizei selbst geführt und nicht unabhängig geprüft. Die Opferzahlen und insbesondere deren Steigerung können daher nicht wie ein objektives Ergebnis einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung behandelt werden, zumal hier z.B. die Gewerkschaften der Polizeibeamten seit Jahren in der Öffentlichkeit für eine Sonderbehandlung werben."¹⁹ Rafael Behr von der Akademie der Polizei Hamburg geht in seiner Analyse sogar noch weiter: Der Diskurs um Gewalt gegen Polizeibeamt*innen habe sich verselbstständigt. „Das heißt, er ist moralisch geworden. Es ist eine gefühlte Gewalt, die interpretiert wird [...] und eben keine statistisch Nachweisbare.“²⁰ Ganz abgesehen davon also, ob eine Verschärfung überhaupt den gewollten Effekt hätte - für die Notwendigkeit gibt es keinerlei objektive Anhaltspunkte.

Dennoch wurde Heiko Maas tätig. Neben der Erweiterung der Regelbeispiele im § 113 StGB wurde im Rahmen der Reform auch der § 114 geändert. Dessen Inhalt wurde in den wiederbelebten § 115 StGB gepackt. Der § 114 bekam einen neuen Tatbestand verpasst, der den aus dem § 113 gestrichenen „tätlichen Angriff“ aufnimmt. Darunter versteht man die in feindseliger Willensrichtung unmittelbar auf den Körper eines anderen zielende Einwirkung ohne Rücksicht auf ihren Erfolg. "Tätlicher Angriff" hört sich schlimm an, fällt meistens aber sowieso mit einer (bereits strafbaren) versuchten oder vollendeten Körperverletzung zusammen. Ist der tätliche Angriff von eigenständiger Bedeutung, ist diese unterhalb der versuchten Körperverletzung anzusiedeln, nämlich dann, wenn der Täter eine Verletzung nicht intendiert hat. Der tätliche Angriff, bei dem nicht einmal eine Körperverletzung beabsichtigt ist, gilt im Allgemeinen zu Recht als nicht strafwürdig. Die Erhöhung der Mindeststrafe von Geld- auf dreimonatige Freiheitsstrafe übersteigt allerdings sogar die Mindeststrafe für Körperverletzung (Geldstrafe). Im Endeffekt bedeutet das: Wer Polizisten, Rettungssanitäter, etc. ohne Verletzungsabsicht angeht, wird sogar härter bestraft, als wenn man eine Zivilperson mit Verletzungsabsicht angeht. Darin liegt ein enormer und drastischer Bruch mit grundlegenden Prinzipien des Rechtsstaats.

Zu bedenken ist auch: Haftstrafen sind weitaus stärkere Druckmittel als Geldstrafen. Da Menschen, die Polizeigewalt anzeigen wollen, sehr oft mit einer Gegenanzeige wegen Widerstand rechnen müssen, wird der höhere Strafraum der Einschüchterung und Unterdrückung von Betroffenen weiter zuträglich sein. Groß sind die Chancen ohnehin nicht. Von den über 2000 Anzeigen wegen Gewalttaten, die im Jahr 2014 ermittelt wurden, führten lediglich 50 zu einem Verfahren. In nur ca. 3% der Fälle wird dann überhaupt erst die Anklage erhoben. Verurteilt werden die Täter so gut wie nie. Von den über 2000 Anzeigen wegen Gewalttaten, die im Jahr 2014 ermittelt wurden, hatten lediglich 50 ein Verfahren zur Folge. In nur ca. 3% der Fälle wird dann überhaupt erst die Anklage erhoben. Verurteilt werden die Täter so gut wie nie.²¹

¹⁹ <https://community.beck.de/2017/02/20/zum-geplanten-ss-114-stgb-taetlicher-angriff-auf-vollstreckungsbeamte>

²⁰ <http://akduell.de/2017/03/maaslos-uebertrieben/>

²¹ <https://correctiv.org/blog/2015/08/20/polizei-ohne-kontrolle/>

Der Berliner Rechtswissenschaftler Tobias Singelstein hält dafür folgende Tatsachen für verantwortlich. "Erstens finden sich nur sehr selten Polizisten, die gegen ihre eigenen Kollegen aus- sagen; eher werden die beschuldigten Beamten sogar noch gedeckt.(...) Zweitens erweist es sich in solchen Verfahren als besonders problematisch, dass strafprozessuale Ermittlungen in der Praxis durch die Polizei selbst vorgenommen werden. Diese kann damit zumindest faktisch selbst über Umfang und Intensität bei der Suche nach Beweisen bestimmen. Dass hierbei in Verfahren gegen Kollegen oftmals nicht der größte Eifer an den Tag gelegt wird, liegt angesichts des offensichtlichen Interessenkonflikts auf der Hand. Mitunter werden die Ermittlungen in diesen Verfahren nach Berichten aus der Praxis regelrecht boykottiert."²²

Militarisierung der Polizei

Die deutsche Polizei rüstet auf, egal ob Fußfesseln, Bodycams, Videoüberwachung oder die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr. Im Zuge der Terroranschläge (v.a von Paris und Brüssel) der letzten Jahren wird die Militarisierung der Polizei und die angeblich daraus resultierende Sicherheit damit begründet. Ist das Ziel wirklich die Sicherheit vor Terroranschlägen oder die Ausweitung des Polizeistaats? Beispielsweise gibt es seit 2017 das bundesweite GETEX-Programm (gemeinsame Terrorismusabwehr Exercise), an dem sich insgesamt 6 Bundesländer beteiligen. In diesem Programm führt die Polizei gemeinsam mit der Bundeswehr Anti-Terrorübungen durch, die dazu dienen sollen im Falle eines Terroranschlags gut vorbereitet zu sein. In Kenntnis des Art. 35 Abs. 2 GG, wird einem schnell klar, dass GETEX sehr problematisch ist. Demnach wäre eine Zusammenarbeit von Bundeswehr und Polizei, die über die bloße Amtshilfe (z.B. bei Flutkatastrophen) hinausgeht nur zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung erlaubt. Dies wäre bei einem Angriff auf den Bestand eines Landes oder des gesamten Bundes der Fall. Bei einzelnen Terroranschlägen ist dies nicht gegeben.

Ein weiteres Beispiel für die Militarisierung der Polizei lieferte das SEK Sachsen Ende 2017. Das SEK Sachsen hatte sich nämlich zwei Radpanzer mit dem treffenden Namen „Survivor R“ „gegönnt“. In weiteren Teilen der Bundesrepublik wurden mehrfach solche Panzer bestellt, einzigartig für Sachsen war jedoch, dass sie mit einem aus dem Innenraum steuerbaren Gefechtsturm ausgestattet sind. Neben Scheinwerfer, Kameras und einer Abschussvorrichtung für Gas- und Nebelgranaten befindet sich dort auch ein Munitionskasten und ein Zufühhrgurt für ein noch nicht installiertes Waffensystem. Es bleibt also nur eine Frage der Zeit bis der rechtliche Rahmen für solche Waffensysteme an Polizei-Panzern geschaffen wird. Die Sitzbezüge der Panzer erinnern sichtbar stark an NS-Ästhetik: Altdeutsche Schrift, Eichenlaubkranz und Adlerschwingen. Weiterhin gilt das SEK-Sachsen schon seit 2011 als Vorreiter der Militarisierung des Protest Policing, dh. der Bekämpfung von Demonstrationen und inneren Unruhen. Damals setzte Sachsen das SEK zur Räumung einer antifaschistischen Blockade (Proteste gegen den jährlichen Naziaufmarsch zur Bombardierung Dresdens) ein.

Desweiteren ist Erscheinungsbild von Polizeieinheiten zu kritisieren. Das martialische Auftreten von BePo, BFE oder mittlerweile auch SEK - Einheiten auch auf völlig harmlosen Demonstrationen wirkt einschüchternd auf Passant*innen, aber auch auf Demonstrierende, die den Anblick von bis an die Zähne bewaffneten, maskierten Schlägertrupps noch nicht gewohnt sind.

Die Zuspitzung der vorgeblich Sicherheitszwecken dienenden Politik, die Befugnisse der Polizei immer weiter auszuweiten und dabei gravierende Einschnitte in Sachen Datenschutz, Privatsphäre und Schutz vor polizeilicher Willkür achselzuckend in Kauf zu nehmen, erleben wir momentan in Bayern. Von der Öffentlichkeit bisher weitestgehend unbeachtet, wird dort von der CSU-geführten Landesregierung eine Neuauflage des sog. Polizeiaufgabengesetzes (PAG) auf den Weg gebracht. Der 101-seitige Gesetzesentwurf, welcher bereits diesen Sommer in Kraft treten soll, räumt den bayrischen

²² http://www.nk.nomos.de/fileadmin/nk/doc/Aufsatz_NK_14_01.pdf

Polizeibehörden derart uneingeschränkte Befugnisse ein, wie sie seit 1945 nicht mehr existierten. Bereits im Falle einer sog. "drohenden Gefahr", einem juristisch äußerst vagen und mangels einheitlicher Definition recht dehnbar auslegbaren Begriff, wäre es der Polizei also auch ohne jeglichen konkreten Tatverdacht möglich E-Mails und Briefe auf ihrem Weg zum*r Empfänger*in abzufangen und ggf. zu modifizieren, Telefongespräche abzuhören, V-Leute einzusetzen oder ein höchst umstrittenes DNA-Analyseverfahren zur Erstellung von Phantombildern einzusetzen. All das würde die bayrische Polizei schlagartig zu einer de facto geheimdienstlichen Institution „upgraden“. Zudem finden sich im neuen PAG-Entwurf Elemente einer weiteren Militarisierung der polizeilichen Organe: Künftig sollen bayrische Polizeibeamt*innen in Ausnahmefällen sogar Handgranaten zum Einsatz kommen lassen dürfen. Repression und Willkür sowie überwachungsstaatsähnliche Zustände sind vorprogrammiert, sollte das neue PAG in Bayern tatsächlich beschlossen werden und in Kraft treten. Da die CSU in der neuen Bundesregierung das Innenressort innehat, kann man sich schonmal auf entsprechende bundesweite Vorstöße gefasst machen. Die SPD wird mit ihrem aktuellen Führungspersonal - zu dem u.A. Olaf „Es-gab-keine-Polizeigewalt“ Scholz gehört - diese Entwicklung sicherlich nicht verhindern.

A44 Impfpflicht

Der nachfolgende Antrag gilt als Positionierung der Linksjugend und als Auftrag an alle Delegierten durch die Linksjugend diese Position in die Gremien der Partei die Linke zu tragen:

Wir fordern eine allgemeine Impfpflicht für die dringenden Impfempfehlungen des Robert Koch- Instituts für alle Kinder bis 14 Jahren, für die nicht gegenteilige medizinische Indikationen vorliegen, und die Einführung eines Ordnungswidrigkeitentatbestands, für alle Eltern, die vorsätzlich oder fahrlässig gegen diese Pflicht verstoßen.

Positionierung zum Islamismus

"Der Islam gehört nicht zu Deutschland" - Diese hohle Phrase konnte man im vergangenen Monat in großen Lettern in den Zeitungen des ganzen Bundesgebietes lesen.

So unwahr und dämlich dieser Spruch des neuen Heimatministers Horst Seehofer auch ist, er steht symptomatisch für eine verkorkste Debatte über Islamismus die vom Großteil der Diskussionsteilnehmer_innen am Thema vorbei geführt wird. Als größter linksradikaler Jugendverband dieser Republik ist uns nicht daran gelegen bestimmen zu wollen, was zu Deutschland gehören mag und was nicht. Wir wollen uns in die Debatte um den politischen Islam einmischen und uns jeder Hetze - der rechten Fremdenfeindlichkeit, dem genuinen Rassismusvorwurf an Islamismuskritiker_innen, und dem Hass der Islamisten auf Ungläubige oder Minderheiten - entgegenstellen.

Da ein Antifaschismus auf Höhe der Zeit die individuelle Freiheit jedes Menschen gegen alle verteidigen muss, die sie einzuschränken versuchen, ist uns an einer materialistischen Kritik an den Phänomenen des politischen Islams gelegen. Geboten ist sie allemal: Während im Iran Homosexuelle an deutschen Baukränen aufgehängt werden und die Hamas in Israel Raketen auf Zivilgebiete abfeuert, marschiert der deutsche Handels- und NATO-Partner Türkei in Nordsyrien gemeinsam mit lokalen Dihadisten ein, welche insbesondere die kurdische und jesidische Bevölkerung in enormem Umfang bedrohen. In Ländern wie Indonesien, wo bisher gemäßigte Formen des Islams vorherrschten, sind radikale Kräfte massiv auf dem Vormarsch, und auch in Europa arbeiten islamistische Bewegungen zielgerichtet - sei es durch Akte des Terrors oder aber ganz legalistisch über die Lobbyarbeit in den Islamverbänden.

Was ist Islamismus?

Unter Islamismus definieren wir einen Oberbegriff unter dem sich mehrere politische Ideologien sammeln lassen, deren gemeinsamer Nenner in der Forderung nach einer radikalen Neuausrichtung der Gesellschaft anhand der heiligen Texte des Islams zu finden ist. Er entstand als Reflex auf die Moderne und die sie begleitenden Umwälzungen und ist als eine „aktivistische, reaktionär-regressive Widerspruchsverarbeitung angesichts einer objektiv-realen (ökonomischen, sozialen, politischen) und geistig kulturellen Krisensituation“²³ zu charakterisieren.

Das ideologische Fundament entstand bereits im 18. und 19. Jahrhundert als sich abzeichnete, dass die muslimische Welt technologisch, wissenschaftlich und militärisch von Europa abgehängt wurde. Der Grundgedanke dieses Frühislamismus: Die historische Schwäche der islamischen Welt liege in der unislamischen Lebensweise der Menschen. Um zurück zu alter Stärke zu finden, müssten die Muslime wieder gottgefälliger leben. Durch die Rückbesinnung auf die Ursprünge soll der wesentliche Kern der Religion freigelegt werden.

Zum Instrumentarium von Islamisten zählt seitdem zwar die Thematisierung der destruktiven Symptome von Moderne und Kapitalismus jedoch nicht die Analyse der endogenen Ursachen für alle Krisen in der islamischen Welt. Folglich gehören heute regressive Ursachenbenennungen und die Konstruktion von Feindbildern zum festen Bestandteil jeder islamistischen Ideologie. Nach „innen“ äußert sich dieses Feindbild im Hass auf Zweifler und Apostaten, sowie all jene die durch einen angeblich sündhaften - „westlichen“ - Lebensstil auf eine Zerstörung der islamischen Ordnung hinarbeiten, also auch Homosexuelle, Transgender und Frauen, die das traditionelle Rollenbild in Frage stellen. Nach „außen“ mündet diese regressive Ursachensuche in einem antisemitischen Welterklärungsversuch, der sich zu einem verschwörungsideologischen Gebäude ausformt, demgemäß der „Westen“ und Israel die Verantwortlichen dieser inneren Krise seien.

Ideologischer Orientierungspunkt ist seit jeher der frühe Islam der ersten drei Generationen nach Mohammed, also der Islam in der Phase seiner Expansion. Heute zeigt sich der Islamismus nicht nur in seiner gewalttätigen Ausprägung (dem Dihadismus). Auch legalistische Gruppen trachten danach, einen islamischen Staat zu errichten.

²³Krauss, Hartmut: Islam, Islamismus und muslimische Gegengesellschaft. Osnabrück: 2008. S.133

Teil des Problems: Zum Wirken von legalistischen Islamisten in deutschen Islamverbänden

Auch wenn Seehofer den Islam nicht als Teil von Deutschland sehen möchte, so sollen laut ihm die Islamverbände doch weiterhin an wichtigen Entscheidungen teilhaben dürfen. Wir müssen dabei konstatieren, dass es sich dabei leider nicht um die liberalen und gemäßigten Kräfte handelt mit denen da geredet werden soll. Teil der deutschen Islamkonferenz sind mit dem Zentralrat der Muslime (ZMD), der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) und dem Islamrat (IR) genau die Verbände, die den Muslim_innen eine zutiefst konservative Auslegung des Islams predigen und in deren Reihen Islamisten geduldet werden.

Innerhalb des ZMD, welcher - anders als der Name suggeriert - nicht „die Mehrheit der Muslim_innen“ in Deutschland sondern nur etwa 0,5% von ihnen vertritt, wirkt mit der Union der Türkisch-Islamischen Kulturvereine (ATIB) beispielsweise eine Organisation mit, die nach der Einschätzung von Ismail Küpeli in Verbindung zu den faschistischen Grauen Wölfen steht. Prägend für deren Ideologie ist der Hass auf Alevit_innen und Christ_innen. ATIB ist innerhalb des Zentralrates keineswegs isoliert. Mit Mehmet Alparslan Çelebi, welcher ua. die Armenien-Resolution des Bundestages verurteilt, stellen sie einen der stellvertretenden Vorsitzenden des ZMD.

Weiterhin Teil des Zentralrats sind Organisationen wie beispielsweise die IGD, die in einer ideologischen und historischen Verbindung zu der stramm antisemitischen, antidemokratischen und antikommunistischen Muslimbruderschaft stehen. Laut der Islamwissenschaftlerin Dr. Valentina Colombo zählt zu diesen Vereinigungen auch das Islamische Zentrum Aachen, die geistliche Heimat von Aiman Mazyek, seines Zeichens Vorsitzender des ZMD.

Ebenfalls im ZMD aktiv ist das Islamisches Zentrum Hamburg (IZH), wobei es sich um eine radikalislamische schiitische Institution handelt, welche direkt durch das iranische Regime kontrolliert wird und welches zu den Organisatoren des alljährlich stattfindenden antisemitischen Al-Quds-Marsches zählt.

Die DITIB wiederum geriet im vergangenen Jahr durch einen Spionageskandal in die Schlagzeilen. Bei ihr handelt es sich um eine politische Organisation durch welche das türkische Regime versucht auf die Muslim_innen in Deutschland Einfluss zu nehmen. Kürzlich wurde bekannt, dass sie eine Jugendreise in die Türkei durchführte, bei der sie zu Besuch im Präsidentenpalais beim „obersten Heerführer“ waren. Im Zuge des türkischen Angriffs gegen Afrin, rief sie in ihren Moscheen dazu auf, für einen schnellen Sieg der türkischen Truppen und ihrer islamistischen Verbündeten zu beten.

Innerhalb des Islamrates für die Bundesrepublik Deutschland besitzt die Islamische Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG), der islamistische Tendenzen vorgeworfen werden, den größten Einfluss. Sie ist die mitgliederstärkste Teilorganisation und der ehemalige IGMG-Funktionär Ali Kızılkaya ist derzeit Vorsitzender des IR. 2010 leiteten Funktionäre der IGMG über einen Hilfsverein – die mittlerweile verbotene „Internationale Humanitäre Hilfsorganisation“ - Gelder in Höhe von 6,6 Millionen Euro an die antisemitische Terrororganisation Hamas weiter.

Unsere Positionen und Forderungen

- Die Linksjugend spricht sich gegen den Versuch aus, jede Kritik am politischen Islam pauschal als Rassismus zu brandmarken.
- Keine Zusammenarbeit mit Islamisten und den Angehörigen ihrer Tarnorganisationen! Vollständiger Ausschluss von Vereinen wie der DITIB von der staatlichen Förderung.
- Wir unterstützen die liberalen muslimischen Kräfte wie z.B. das Muslimische Forum Deutschland oder die ibn-Rushd-Goethe-Moschee von Seyran Ateş.
- Solidarität mit allen durch den Islamismus unterdrückten Menschen und Solidarität mit allen die so wie in Rojava und im Iran gegen ihn aufbegehren.
- Wir fordern von der Bundesregierung eine Änderung ihrer Türkeipolitik und ein konsequentes Verbot von Waffenlieferungen an die Türkei und andere islamistische Regime.
- Die Linksjugend spricht sich für ein vollständiges Verbot der islamistischen und antisemitischen Hisbollah in Deutschland und Europa aus und wirkt auf die Partei ein diese Position ebenfalls zu übernehmen.

D1 Kein Preis für Antisemitismus

An dem 13.04.2018 bekamen die Rapper Farid Bang und Kollegah den in wirklich jeder Hinsicht deutschen Musikpreis "Echo". Die allgemeine Akzeptanz für sie ist ein Momentum der Akzeptanz von Antisemitismus in Deutschland und seiner Musiklandschaft.

Auf einer Bonus-CD zum Album findet sich eine von Farid Bang gerappte Zeile, die dem Echo eine Debatte um antisemitische Inhalte in Rap-Texten einhandelte - und die Frage, ob die beiden Künstler nominiert bleiben und live auftreten dürfen: "Mein Körper definierter als von Auschwitz-Insassen", rappt Farid Bang in "0815". An anderer Stelle auf dem Album rühmt er sich: "(Ich) mache wieder mal 'nen Holocaust, komm an mit dem Molotow".

Doch sind Kollegah oder auch rechte Topacts wie Freiwild oder Xavier Naidoo auch Folge einer Nachfrage nach rechten antisemitischen und schon absurd frauenfeindlichen Inhalten. Eine kritische Auseinandersetzung der Fans findet zumindest nicht merkbar statt, immer neue Grenzüberschreitungen wie die jetzige werden gehyped und sich durch Ausreden wie das Kunstargument in zynischer Selbstgefälligkeit gebadet. Als wäre das Mittel der Übertreibung ein Freifahrtschein für widerwärtigste antisemitische Agitation.

Ausgezeichnet wird beim Echo ohnehin nicht das, was künstlerisch in irgend einer Art und Weise wertvoll ist, sondern das, was sich am häufigsten verkauft. Genau in diesem Bekenntnis zum Mainstream aber verbirgt sich eine Chance für antisemitische Agitation. Wie so oft stehen sich die Akteur*innen aus der Verantwortung, wenn diese sich daraufhin als unpolitisch positionieren, obwohl gerade das Tolerieren von antisemitischen Inhalten politischer nicht sein kann.

In der Debatte erschütterte uns insbesondere wie viel über die beiden Männer gesprochen wurde und wie gering im Umkehrschluss der Aufschrei über die Menschen war, welche die kulturindustriellen Machwerke dieser Herren konsumieren, pushen, legitimieren und unterstützen. Die bestehenden Verhältnisse wurden nicht kritisiert und damit hinterfragt, anstelle dessen wurde das artikulierte Massenbewusstsein, welches in der Form der Musikindustrie einen antiamerikanischen, antizionistischen und frauenfeindlichen Konsens darstellt nicht von dem Echo kritisiert. Die Platte 0815 erschien im Winter und verkaufte sich binnen kürzester Zeit über 200.000-mal, dazu kommen Streams im zweistelligen Millionenbereich - nach Echo-Logik eine Nominierung wert. Nur hatte sich wohl niemand im Auswahlgremium beim Bundesverband Musikindustrie (BVMI) die Mühe gemacht, das Album ganz anzuhören - wie im Übrigen auch der Großteil der Musikpresse nicht.

Die linksjugend ['solid] wird zu der Aufarbeitung auf dem Sommercamp, sowie auf der Winterakademie die Musikindustrie aus einem antifaschistischen Blickwinkel zu betrachten. Dazu werden Worksops zu z.B. Sexismus, Nationalismus, Antisemitismus erarbeitet und angeboten. Es wird zusätzlich angedacht Artikel zu diversen Tracks mit politischen Inhalten mit einer Einleitung und Einschätzung zu versehen und diese zur Publikation freizugeben, damit die Inhalte auch jenseits unserer Kreise verbreitet werden. Ein Gastbeitrag in dem nd wäre wünschenswert, sowie Interviews zu arrangieren.